

Das Parlament

Berlin, Montag 30. April 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 18/19 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Stolz auf sein »Baby«

Norbert Blüm Mit Vergnügen dürfte der in Bonn lebende Politrentner die Bundestagsdebatte zur Pflegereform verfolgt haben – denn es ist sein „Baby“, um dessen weitere Ausgestaltung am Donnerstag in Berlin gestritten wurde. Trotz immer wieder aufflammender Kritik hat sich diese vorerst letzte und „fünfte Säule“ der Sozialversicherung in Deutschland fest etabliert. Mit Stolz verweist der 76-Jährige auf die stabilen Beitragssätze der Pflegeversicherung, ihre Milliarden-Überschüsse und die inzwischen entstandene flächendeckende Infrastruktur ambulanter Pflegedienste. Der langjährige CDU-Arbeits- und Sozialminister unter Kanzler Helmut Kohl hatte diese Versicherung gegen viele Widerstände 1995 eingeführt. Heute meint er, sie müsste wegen ihres Erfolgs eine „Ehrenurkunde bekommen“. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

29

Prozent beträgt derzeit das Risiko von Menschen in Deutschland in der Altersgruppe über 80 Jahren, pflegebedürftig zu werden. Dagegen liegt nach Angaben des Bundesverbandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit bei Menschen zwischen 60 und 80 Jahren hierzulande nur bei 4,7 Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Aus dem ‚Jahr der Pflege‘ wurde nicht einmal ein Tag.«

Claudia Roth, Vorsitzende von B'90/Die Grünen, zum Gesetzentwurf zur Pflegereform. Ex-Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) hatte 2011 ein „Jahr der Pflege“ angekündigt.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

EU-Richtlinie Hochqualifizierte sollen leichter zuwandern können **Seite 4**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Anhörung Das Recht eines jeden auf ein Girokonto wird breit gefordert **Seite 8**

EUROPA UND DIE WELT

Lage in Mali Der Wüstenstaat ist nach dem Putsch zweigeteilt **Seite 12**

KEHRSEITE

Ortstermin Eine Ausstellung in Warschau informiert über den „Generalplan Ost“ **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Gepflegtes Altern

GESUNDHEIT Die Regierung will Demenzkranke besserstellen. Die Opposition sieht nur ein »Reförmchen«

Wenn es besonders kompliziert ist, nutze ein eingängiges Bild – diesen Merksatz aus dem Rhetorikgrundkurs beherzigte der CSU-Abgeordnete Johannes Singhammer vergangenen Donnerstag im Bundestag, um die geplante schwarz-gelbe Pflegereform zu erklären. „Es war die christlich-liberale Koalition, die 1995 das Fundament für das Haus der Pflegeversicherung gelegt, die ersten Geschosse gebaut und die Zimmer eingerichtet hat“, stieg der Unions-Fraktionsvize in die Debatte ein, um so gleich anzufügen: „Heute stocken wir um ein Geschoss auf und bauen viele neue Zimmer.“ Zumindest rhetorisch landete Singhammer einen Erfolg. Gleich mehrere Redner griffen in ihren Beiträgen das Bild vom „Haus der Pflege“ auf – die Opposition freilich, um den Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/9369) „zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ scharf zu kritisieren. Nach den Regierungsplänen für den Erweiterungsbau sollen Demenzkranke zum 1. Januar 2013 bessere Leistungen aus der Pflegekasse bekommen (siehe Bericht unten). Nach Worten von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) „profitieren etwa 500.000 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen“. Ferner sollen Wohngemeinschaften, in denen Pflegebedürftige gemeinsam betreut werden, mehr Geld erhalten. Um das Plus zu finanzieren, soll der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte steigen. Erwartet werden bis 2015 jährliche Mehreinnahmen von rund 1,2 Milliarden Euro.

»Unter Trümmern« Linke-Pflegeexpertin Kathrin Senger-Schäfer wählte in Erwiderung auf Singhammer drastische Worte: „Das Haus der Pflege ist morsch und droht einzustürzen. Die Angehörigen und die zu Pflegenden drohen unter den Trümmern einzustürzen.“ Das richte Schwarz-Gelb mit dem geplanten Gesetz an. Ihr Fraktionskollege Ija Seifert und in einem Zwischenruf auch SPD-Vizefraktionschefin Elke Ferner empfahlen der Koalition, mit einer Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs erst einmal ein „Fundament“ zu legen. Der sogenannte Pflegebedürftigkeitsbegriff war Dreh- und Angelpunkt der Debatte. Dabei geht es darum, wer welche Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung hat. Der geltende Begriff zielt lediglich auf körperliche Gebrechen ab, geistige und psychische Beeinträchtigungen werden in den bestehenden drei Pflegestufen nicht berücksichtigt. Seit Anfang 2009 liegen Vorschläge des von der damaligen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) eingesetzten



WG statt Heim: Gerade für Demenzkranke bieten Pflege-Wohngemeinschaften eine Alternative zur stationären Pflege. Die Regierung will dafür mehr Geld ausgeben.

Pflegebeirats zur Neudefinition vor. Alle Oppositionsfraktionen fordern eine sofortige Reform, die Koalitionsfraktionen wollen die für Sommer 2013 angekündigten Ergebnisse eines von Minister Bahr eingesetzten Expertenbeirats unter dem Vorsitz des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner (CSU), zu konkreten Umsetzungsschritten abwarten.

»Ein Vorgriff« Bahr sagte, die neuen und besseren Leistungen für Demenzkranke seien „ein Vorgriff“ auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Und Singhammer versicherte: „Wir schieben das nicht auf die lange Bank.“ CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn betonte, eine Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs brauche Zeit. Jeder, „der ein bisschen Kenntnis hat“, sehe das genauso – im Übrigen auch die frühere Gesundheitsministerin Schmidt. Es gehörten „mehr als Überschriften“ dazu, „wenn man vernünftige Politik machen will“, sagte Spahn. Lediglich für ein „Reförmchen“ hält die Opposition den Gesetzentwurf der Regierung. „Mehr ist es nicht“, sagte SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) eingesetzten

lässt die Alten und die Kranken – diejenigen, die mit Schmerzen in den Heimen liegen –, weil sie keine Lobby haben, im Stich“, betonte Lauterbach. Er fügte hinzu, die Koalition reformiere den Pflegebedürftigkeitsbegriff „schlicht deshalb nicht, weil Sie die Kosten scheuen“. Linksparlamentarier Seifert ergänzte, mit der erneuten Einsetzung eines Expertenbeirats sage die Koalition, „wir machen in dieser Legislaturperiode nichts mehr“.

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast warf Bahr „Schönrederei“ vor. Eine „wirkliche Qualitätsoffensive“ packe Bahr nicht an, bemängelte Künast. Die neuen Leistungen seien zwar eine Verbesserung, aber nicht mehr als „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Auch in der Frage der künftigen Finanzierung lege die Koalition nichts Nachhaltiges auf den Tisch. „So geht keine gute Pflege“, notwendig sei die Umstellung des Systems auf eine Bürgerversicherung. Diese Position wird auch von

SPD- und Linksfraktion geteilt. Die Koalition will dagegen die freiwillige private Pflege-Vorsorge fördern. Dies bedarf jedoch noch einer eigenen gesetzlichen Regelung. Der Bundestag lehnte einen Antrag der SPD-Fraktion (17/2480) gemäß der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (17/7082) zur Einführung eines neuen Pflegebegriffs im Anschluss an die Aussprache ab. Der Gesetzentwurf der Regierung wurde ebenso wie ein Antrag der Linksfraktion (17/9393) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Linke fordert darin unter anderem eine kurzfristige deutliche Aufstockung der Pflegeleistungen. Zudem verlangen die Abgeordneten eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige. *Monika Pilath*

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 2 und 3 und in der Debattendokumentation

»Diese Regierung lässt die Alten und die Kranken im Stich.«

Karl Lauterbach,
SPD-Gesundheitsexperte

Mehr Geld für Demenzkranke

REFORM Der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung steigt zum 1. Januar 2013 um 0,1 Prozentpunkte

Demenzranke und ihre Angehörigen sollen nach dem Willen der Bundesregierung vom kommenden Jahr an mehr und bessere Leistungen erhalten. Eine Übersicht zu den Kernpunkten des Gesetzentwurfs (17/9369) „zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung“:

Neue Leistungen Versicherte ohne Pflegestufe mit „erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz“ (sogenannte Pflegestufe 0) erhalten erstmals Anspruch auf ein Pflegegeld in Höhe von monatlich 120 Euro oder Pflegesachleistungen von bis zu 225 Euro. Mit Letzterem sind die Leistungen ambulanter Dienste von Körperpflege über Verabreichung von Medikamenten bis zur hauswirtschaftlichen Versorgung gemeint. Demenzkranke mit Pflegestufe I („erhebliche Pflegebedürftigkeit“) sollen ein um 70 Euro auf 305 Euro erhöhtes Pflegegeld oder um 215 Euro auf bis zu 665 Euro erhöhte Pflegesachleistungen bekommen. Für demenziell Erkrankte mit Pflegestufe II („schwere Pflegebedürftigkeit“) ist ein um 85 Euro auf 525 Euro erhöhtes Pflegegeld vorgesehen beziehungsweise um 150 Euro auf 1.250 Euro erhöhte Pflegesachleistun-

gen. Die bisher auf Antrag und nach erfolgreicher Prüfung gewährten zusätzlichen Betreuungsleistungen in Höhe von 100 beziehungsweise 200 Euro – etwa für die Inanspruchnahme einer Tagespflege – bleiben den Angaben zufolge bestehen. Die Regierung schlägt vor, dass ambulante Pflegedienste künftig neben der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Betreuung auch gezielte Betreuungsleistungen für Demenzkranke anbieten. Zu dieser häuslichen



Will Pflege neu ausrichten: Daniel Bahr

Betreuung zählen laut Gesetzentwurf beispielsweise Hilfen zur Aufrechterhaltung einer Tagesstruktur und eines Tag-/Nacht-Rhythmus, die Begleitung auf Spaziergänge und zu Verwandtenbesuchen und die Begleitung zum Friedhof. Der Entwurf schließt aus, dass durch die Neuregelung der Leistungsbeträge erhöht wird – das heißt, wer heute schon Grundpflege und hauswirtschaftliche Betreuung erhält, muss in diesen beiden Bereichen Abstriche machen, um auch häusliche Betreuung zu bekommen. Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, pflegenden Angehörigen eine Auszeit zu erleichtern. Das Pflegegeld soll künftig zur Hälfte weitergezahlt werden, wenn eine Kurzzeit- oder Verhinderungspflege in Anspruch genommen wird. Die Pflegekassen sollen zudem verpflichtet werden, spätestens fünf Wochen nach Eingang über einen Antrag auf Pflegebedürftigkeit zu entscheiden. Ansonsten müssen sie nach dem Willen der Bundesregierung je Tag der Verzögerung 10 Euro an den Antragsteller zahlen.

Zuschuss zur Pflege-WG Künftig sollen Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige als Versorgungsalternative zur Pflege zu Hause oder im Heim gefördert wer-

den. Pflegebedürftige, die in einer solchen ambulant betreuten WG leben, erhalten einen Zuschlag von pauschal 200 Euro monatlich. Darüber hinaus ist ein befristetes Programm zur Gründung von Wohngruppen mit einer Förderung von 2.500 Euro pro Person und maximal 10.000 Euro pro Gruppe geplant. Davon sollen laut Gesetzentwurf notwendige Umbauten in der Wohnung bezahlt werden. Insgesamt stehe ein Budget von 30 Millionen Euro zur Verfügung, das bis spätestens Ende 2015 ausgeschöpft ist. Die Regierung erwartet, dass damit 3.000 neue WG gefördert werden können.

Beitragssatz steigt Finanziert werden sollen die Leistungsverbesserungen mit höheren Beiträgen. Vom 1. Januar 2013 soll der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent – bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent – steigen. Das soll in den Jahren 2013 bis 2015 Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt rund 3,54 Milliarden Euro einbringen. *mpi*

Mehr zum Thema unter:
<http://www.bmg.bund.de/pflege>

EDITORIAL

Solidarität ist Pflicht

VON JÖRG BIALLAS

Diese Zahlen machen nachdenklich, ja Sorgen: 2,4 Millionen Deutsche brauchen schon heute Pflege, 1,2 Millionen Menschen sind an Demenz erkrankt. In wenigen Jahrzehnten könnte es vier Millionen Pflegebedürftige geben, viele davon demenz. Hinzu kommt die Gewissheit der Ungewissheit: Es kann jeden treffen – ob arm oder reich, alleinstehend oder mit Familie, in vergleichsweise jungen Jahren oder erst im hohen Alter. Die Wahrscheinlichkeit jedenfalls ist groß, sich eines Tages mit dem Thema Pflege auseinandersetzen zu müssen, wenn nicht als unmittelbar Betroffener, dann als Angehöriger. Niemand wird behaupten, diese Gesellschaft sei ausreichend darauf vorbereitet. Es ist ja auch nicht besonders angenehm, über den Umgang mit Krankheit und Tod nachzudenken. Und doch ist genau das nötig, um die Fragen zu beantworten, die längst gestellt sind und die mit jedem Tag drängender werden.

Wie lässt sich Pflege nachhaltig und zuverlässig finanzieren? Wo können gerade demente Menschen möglichst lange selbstbestimmt wohnen?

Wann haben pflegende Angehörige Anspruch auf Hilfe?

Wer kann diese Hilfe so flexibel leisten, dass die Entlastung das Gefühl der Verantwortung in der Familie nicht verletzt?

Was ist zu tun, damit gerade bei der stationären Pflege das Gebot der Menschenwürde bedingungslos erfüllt wird?

Die Politik muss in erster Linie zukunftsfähige Finanzierungsmodelle vorlegen. Das ist keine leichte Aufgabe, weil eine effektivere Pflegestruktur nicht aus der Portokasse bezahlbar ist. Die Wahrheit kommt deshalb unpopulär daher: Ohne höhere Abgaben oder verbesserte private Vorsorge wird es, bei der Pflege ebenso wie bei der Rente, wohl auf Dauer nicht gehen.

Dank des medizinischen Fortschritts werden in den von Wohlstand geprägten Nationen immer mehr Menschen immer gesünder immer älter. Das ist keine Last. Zunehmend werden lebenserfahrenere und lebensfrohere Senioren als Bereicherung empfunden – in der Familie, bei Sozialprojekten, in der Arbeitswelt. Die Gesundheit ist dabei wichtigste Voraussetzung und ein Geschenk, das durch nichts zu ersetzen ist. Schon aus Dankbarkeit für das eigene Wohlergehen ist Solidarität mit denen, die dieses Glück nicht haben, Pflicht. Kranke und ihre Angehörigen haben ein Recht auf Hilfe.



Die Krankheit nimmt auf Prominenz keine Rücksicht: Der Ex-Schalke-Manager Rudi Assauer (links) ist von Demenz ebenso betroffen wie die 89-jährige Agnes Georg (rechts) aus Traunreut. Caritas-Pflegedienstleiterin Petra Klauk setzt auf das Konzept der Demenz-WG.

Die lange Reise ins Vergessen

DEMENZ 1,2 Millionen Deutsche sind erkrankt. Eine große Herausforderung für Angehörige und Pflegeeinrichtungen

Die dicke Zigarre in der einen Hand, das Handy in der anderen und immer einen flotten Spruch auf den Lippen. So konnte man den Fußballmanager Rudi Assauer über viele Jahre hinweg. Der ehemalige Bundesligaprofi gilt als Vater der Arena auf Schalke, eines der modernsten Fußballstadien Europas. Noch im April 2010 wurde er in Talkshows geladen, um fachkundig darüber zu urteilen, was aus einem Mann ein Macho macht. Heute raucht er zwar immer noch seine Zigarre – die flotten Sprüche aber sind passé und Telefonate führt er auch keine mehr. Rudi Assauer ist auf der Reise ins Vergessen – der 68-Jährige ist an der Alzheimer-Demenz erkrankt.

„Die Enttabuisierung war auch ganz klar das Ziel von Rudi Assauer.“

Autor Patrick Strasser

Geschockt Gemeinsam mit Patrick Strasser, Sportredakteur bei der Münchener „Abendzeitung“, hat Assauer seine Krankheit öffentlich gemacht. Anfang Februar 2012 erschien das Buch „Wie ausgewechselt“. Für Strasser war es „ein kleiner Schock“, als er dem Ex-Manager im August des vergangenen Jahres begegnete. „Ich kannte ihn als jemanden, der sehr direkt ist, der notfalls auch die Konfrontation nicht scheut und der ein bestimmendes Wesen hat“, erzählt der Autor. Getroffen habe er aber eine hilfsbedürftige unsichere Person: „Das war ein ganz anderer Mensch.“ Ein halbes Jahr arbeitete Strasser mit Assauer an dem Buch. Schon in dieser Zeit war zu erkennen, dass die Krankheit kontinuierlich fortschreitet. „Anfangs war es noch abhängig von der Tagesform, inwiefern er sich an die Vergangenheit erinnerte“, sagt Strasser. Doch immer öfter kommt er nicht auf Namen, hat Wortfindungsstörungen oder weiß nicht mehr, dass er zwölf Jahre in Bremen gelebt hat. Wie nicht untypisch für Alzheimer-Demente verliere auch Assauer gelegentlich das Zeitgefühl. „Er hat mitten in der Nacht bei den verschiedensten Leuten angerufen“, erzählt Strasser. „Dann wurde ihm irgendwann das Handy abgenommen.“

Lange verdrängt Seine Krankheit ist Assauer auf den ersten Blick nicht anzusehen. „Man merkt höchstens, dass er nicht wie früher auf die Leute zugeht, sondern zurückhaltend und abwartend ist“, sagt der Buchautor. Assauer selbst hat die Probleme lange verdrängt. Schon 2006 habe es die ersten Anzeichen gegeben. „Er hat es auf den Stress als Schalke-Manager geschoben, oder darauf, dass er schlecht geschlafen hat“, erzählt Strasser. Seine langjährige Sekretärin, seine Zwillingsschwester Karin und seine Tochter Bettina hätten ihn dann zu einer Untersuchung gedrängt. Derzeit lässt sich Rudi Assauer von der Memory-Clinic in Essen betreuen. „Dort macht er spezielle Übungen für Alzheimer-Patienten und führt moderierte Gespräche mit ehemaligen Mitspielern und Wegbegleitern“, sagt Strasser. Irgendwann aber, da ist sich der Autor sicher, wird es auf eine häusliche Pflege hinauslaufen. „Noch kann er sich alleine wa-

schon. Aber wenn das nicht mehr geht, oder er nicht mehr daran denkt, wird er eine Rundumbetreuung brauchen.“ Der Plan der Familie sei es, ein Haus zu finden, in dem der Vater mit der Tochter und einer Pflegekraft wohnen kann, sagt der Autor Patrick Strasser, der mit seinem Buch auch einen Beitrag zur Enttabuisierung der Demenzerkrankung leisten will. „Das“, so macht er deutlich, „war auch ganz klar das Ziel von Rudi Assauer.“

Tragisches Schicksal Wie nötig ein Ende des Tabus ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Nach Auskunft der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft sind 1,2 Millionen Menschen von Demenz betroffen, bis zum Jahr 2050 könnte sich die Zahl auf 2,6 Millionen Erkrankte erhöhen. Auch den Angehörigen der oftmals hochbetagten Patienten fordert die Krankheit viel ab. Die 51-jährige Pia Mix aus dem bayrischen

Traunreut hat jahrelang ihre demente Mutter zuhause gepflegt. Bis es dann irgendwann nicht mehr ging. „Das war vor anderthalb Jahren“, erzählt sie. „Als ich von der Arbeit kam, stand meine Mutter auf dem Balkon und schrie: Hilfe, Hilfe – ich bin eingesperrt.“ Diagnostiziert wurde die Krankheit bei Agnes Georg, der Mutter von Pia Mix, kurz nach dem 80. Geburtstag. „Ich hatte ihr eine Busreise geschenkt“, erinnert sich die Tochter. Unterwegs fand ihre Mutter in einem Restaurant von der Toilette

nicht mehr in die Gaststube zurück. Außerdem erzählte der Vater immer öfter, dass sie nur mühsam vom Einkauf nach Hause gefunden hat. Der Arzt stellte eine leichte Demenz fest und verschrieb Medikamente.

„Das ging, bis der Vater starb. Allein im Haus kam sie nicht klar. Sie hat vergessen zu essen, hat die Tageszeiten durcheinander gebracht und die Termine beim Arzt ignoriert“, sagt Pia Mix. Telefonische Erinnerungen brachten nichts. „Als sie aufgelegt hat, wusste sie schon nicht mehr, worüber wir gesprochen hatten.“ Drei Monate nach dem Tod des Vaters zog die Mutter im Haus der Tochter ein. „Mein Mann war da sehr verständnisvoll und hat das Ganze sogar noch vorangetrieben“, sagt sie. Platz genug war da. „Sie hatte bei uns im Haus ihre eigenen Räume und konnte sich auch zurückziehen.“

Und dennoch: „In all den vier Jahren hat sie nicht gelernt, dass sie jetzt hier lebt, und fast jeden Tag gefragt, wann sie nach Hause darf“, erzählt Pia Mix. Für sie kam es dann noch schlimmer. „Vor anderthalb Jahren ist ganz plötzlich mein Mann gestorben“, sagt sie. Nun musste sie täglich arbeiten gehen und ihre Mutter allein lassen. „Meine Mutter hat dann jedes Mal eine regelrechte Panik bekommen.“ Sie „einzusperrn“, habe sie nicht verhindern können, sagt Mix, „sie wäre sonst wegelaufen und hätte nicht mehr zurück gefunden“. Jetzt lebt die 89-Jährige in einem Heim. „Dort ist sie gut aufgehoben und

wird auch gut umsorgt“, ist sich die Tochter sicher. Bei jedem Besuch aber fragt ihre Mutter, wann es nach Hause geht. „Aber das Zuhause, was sie sucht, gibt es nicht mehr“, weiß Pia Mix, die kurz nach Beginn der

Parlamännchen
Politik für Kinder

Demenz

Oft sind Opa und Oma fit wie ein Turnschuh. Viele ältere Menschen werden jedoch irgendwann vergesslich. Manche können sich nicht einmal mehr erinnern, wer ihre Kinder und Enkel sind. Die Krankheit heißt Demenz. Das kommt aus dem Lateinischen und heißt übersetzt „ohne Geist“. Bei Demenzkranken funktioniert das Gehirn nicht mehr so gut wie früher. Die Krankheit radiert alles aus, was ein Mensch gelernt hat. Manche Demenzkranken verhalten sich richtig komisch. Zum Beispiel verlegen sie ständig Schlüssel und Portemonnaie, laufen weg, lassen nachts den Fernseher auf voller Lautstärke laufen. Das ist für die Familienmitglieder oft ganz schön schwer auszuhalten.

Krankheit ihrer Mutter in Traunreut eine Selbsthilfegruppe gegründet hat. „Das hilft mir persönlich sehr, weil ich sehe, dass ich nicht allein bin mit meinen Problemen und dass es anderen oft noch schlechter geht als meiner Mutter und mir.“

Demenz-WG Ganz schwierig wird es, wenn die Kinder weiter weg von ihren zu betreuenden Eltern wohnen. So wie der Sohn der 84-jährigen Hedwig Schmidt aus Berlin. Zwar besuchte er seine Mutter regelmäßig. Für die tägliche Hilfe brauchte es aber eine ambulante Pflege. Dazu kam noch ein Zivildienstleistender, der sie bei Einkäufen begleitete. Nicht zuletzt, um auch den Weg nach Hause wiederzufinden.

Der Allgemeinzustand der ehemaligen Krankenschwester verschlechterte sich dennoch. Sie sei unkontrolliert und w inkontinent. Sie vergaß es schlicht, sich um den Haushalt zu kümmern, so dass es in der Wohnung übel roch. Für ihren Sohn war klar, dass es so nicht weitergehen konnte. Die Suche nach einer Alternative führte ihn schließlich in eine Demenz-WG der Caritas Altenhilfe Berlin. Und siehe da: Schon drei Wochen nach ihrem Einzug ging es Hedwig Schmidt deutlich besser. Sie war nicht mehr so durcheinander und auch nicht mehr inkontinent. „Frau Schmidt ist jetzt eine sehr gepflegte ältere Dame“, freut sich Petra Klauk, Pflegedienstleiterin der Caritas-Sozialstation. Sie ist durchaus stolz auf die beiden Wohngemeinschaften in Charlottenburg.

Normales Umfeld Ziel sei es, in der Wohngemeinschaft die normalen Aktivitäten des täglichen Lebens in einer betreuten Gemeinschaft zu realisieren, sagt sie. Da passt es gut, dass sich vor dem Haus eine Kita mit kleinem Park der Anlage findet sich sogar ein öffentlicher Bolzplatz. Im Haus selbst gibt es mehrere Gästezimmer und eine Studenten-WG.

Mit einer solchen könnte man auf den ersten Blick auch die Demenz-WG verwechs-

eln. Von Krankenhaus- oder Pflegeheimatmosphäre ist in der 320 Quadratmeter großen Wohnung mit neun Zimmern, einer großen Küche und einem gemeinsamen Wohnzimmer nichts zu spüren. Stattdessen duftet es zur Mittagszeit nach Bratkartoffeln. In dem langen Flur finden sich Sofas, eine Garderobe und Regale mit Büchern und CDs. „Das sind meist Sachen der Bewohner“, sagt Petra Klauk. Wenn diese aus der eigenen Wohnung ausziehen, solle etwas mitgenommen werden, was die Eingewöhnung im neuen Zuhause leichter macht. Allerdings: „Viele wissen bald nicht mehr, dass die Möbel eigentlich ihnen gehören.“

So schön es auch in der WG ist – für fast alle Bewohner war der Schritt aus den eigenen vier Wänden sehr schwer. „Wer gibt schon gerne sein eigenes Heim auf?“, sagt die Pflegedienstleiterin. Zumeist seien es die Angehörigen, die die Initiative ergreifen, da die Erkrankten die Notwendigkeit nicht immer einsehen und „auch zu Tricks grei-

fen“. So, wenn der Medizinische Dienst der Krankenversicherungen (MDK) die Selbstständigkeit überprüft. Ein Kernthema ist dabei immer die Körperpflege. „Wenn der MDK nachfragt, sagt man: Klar putze ich die Zähne. Verschwiegen wird aber, dass dabei statt Zahnpasta gelegentlich auch Rasiercreme benutzt wird“, weiß Petra Klauk, die schon seit 29 Jahren für die Caritas arbeitet. Ist der Schritt in die Wohngemeinschaft mit anderen Erkrankten aber einmal gemacht, fühlen sich die Bewohner nach kurzer Eingewöhnungszeit meist sehr wohl, sagt sie. Trotz allen Engagements von Pflegeeinrichtungen und Angehörigen bleibt aber an einem Fakt vorerst nicht zu rütteln: Demenz ist (noch) nicht heilbar. „Aber man kann medikamentös die Schwere lindern und mit Gedächtnistraining das Fortschreiten verlangsamen“, sagt die Caritas-Expertin Petra Klauk und ergänzt: „Das ist eine große Herausforderung.“ Götz Hausding

Mehr zum Thema der Woche unter: www.deutsche-alzheimer.de

„Klar ist das anstrengend“

PFLERGE Zwei Abgeordnete berichten über ihre Erfahrungen

Es sind Wochen wie diese, in denen Energiepolitik für die zuständige Expertin der Linksfraktion, Dorothee Menzner, eine ganz persönliche Bedeutung bekommt. Der Vater (92) mit Oberschenkelhalbsbruch in der Klinik, die ebenfalls pflegebedürftige Mutter (85) in Sorge um ihren Mann mehrmals täglich am Telefon, Wahlkampf und volle Sitzungswoche im Bundestag. Menzner atmet tief durch. „Klar ist das anstrengend“, sagt sie. Rund 20 Stunden pro Woche wende sie im Schnitt für die Pflege ihrer Eltern auf, „auch in Sitzungswochen“. Vor einem Jahr habe sie die Eltern in ihren

Heimatort Neustadt am Rübenberge bei Hannover geholt. „Dort haben sie eine eigene Wohnung“, sagt Menzner. Sie wolle, dass die beiden so lange wie möglich weitgehend selbstbestimmt leben können.

Ein ambulanter Pflegedienst kümmere sich unter der Woche um Grundpflege und Haushalt, sagt die Abgeordnete. Es mache sie fassungslos, dass die Pflegekräfte „häufig mehr Zeit mit Papierkram zubringen zu beschäftigen“. Am Wochenende kümmert sich Menzner zusätzlich persönlich um ihre Eltern: Einkäufen, Wäsche waschen, „die Dinge erledigen, die die Haushaltshilfe nicht macht“. Arztbesuche müssen organisiert werden und nicht zuletzt wollen die beiden Alten Zeit mit ihrer Tochter verbringen. Als Bundestagsabgeordnete

sei sie „natürlich in einer privilegierten Situation“, könne „manches leichter wuppen als etwa eine ebenfalls Vollzeit arbeitende Supermarktkassiererin“. Aus ihrer Sicht wäre es wichtig, dass die Pflegedienste kurzfristig auf Verschlechterungen bei den Pflegebedürftigen eingehen können. Auch über ihre eigene Pflege denkt Menzner „nach den Erfahrungen der letzten Jahre“ nach. „Irgendwann werden Haus und Garten verkauft und ich ziehe in eine altersgerechte Wohnung in die Stadt“, hat sie sich vorgenommen und fügt nach kurzem Nachdenken hinzu: „Ich hoffe, ich finde den richtigen Zeitpunkt zum Absprung.“

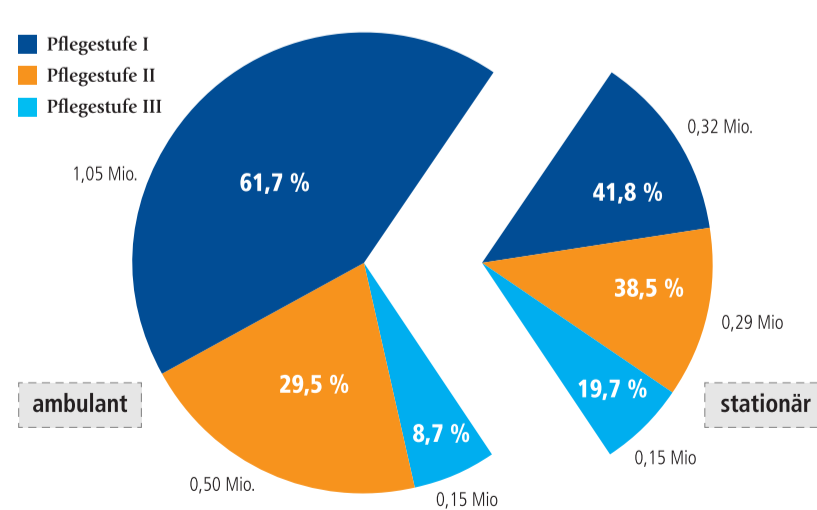
Mehr Vertrauen Die agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Christel Happach-Kasan, hat ihre Mutter – damals noch als Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag – bis zu ihrem Tod im Jahr 1999 gepflegt. „Ich habe meine Mutter sehr gut verstanden, dass sie so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden sein wollte“, sagt sie. Aus heutiger Sicht würde sie ihre Mutter dennoch früher in ein Heim geben, „auch, um mehr Kraft und Zeit für ihre emotionalen Bedürfnisse zu haben“.

Die letzten sechs Lebensmonate verbrachte die 84-Jährige im Heim – und sei da „sehr gut umsorgt worden“. Seither habe sie „mehr Vertrauen in Pflegeeinrichtungen“, sagt Happach-Kasan. Monika Pilath

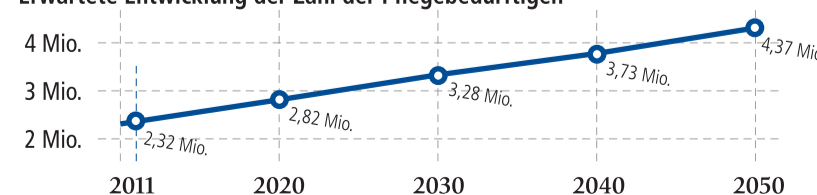
Leistungsbezieher der Pflegeversicherung

2,46 Mio Leistungsbezieher* in der sozialen und privaten Pflegeversicherung, davon ambulant 1,70 Mio. (69,1 %) und stationär 0,76 Mio. (30,9 %)

(*davon 142.000 in der privaten Pflege-Pflichtversicherung, alle Werte gerundet)



Erwartete Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen



© Quelle: BfMG, Stand 31.12.2011 (Stand 1.1.2010) Grafik: Stephan Rohrer



Rückblende: Im Jahr 2006 hält der damalige Chef der Soko Bosphorus, Wolfgang Geier (links), ein Fahndungsplakat hoch. Rechts daneben von der Polizei 2005 zu einem Mord in Nürnberg veröffentlichte Phantombilder

Spur 195 war heiß

U-AUSSCHUSS Die ersten Zeugenvernehmungen zu den NSU-Morden zeigen ein bizarres Bild

Schon die ersten Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuss, der Fehlgriffe bei Behördenrecherchen zu der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelasteten Mordserie durchleuchten soll, haben vergangenen Donnerstag aus Sicht von Unions-Obmann Clemens Binninger (CDU) „Grenzen der Ermittlungsstrukturen“ offenbart. In solchen Fällen sei eine zentral gesteuerte Aufklärung besser. „Niemand hat sich verantwortlich gefühlt“, kritisierte FDP-Sprecher Hartfrid Wolff. Für SPD-Obfrau Eva Högl legten die Befragungen von Wolfgang Geier und Klaus Mähler, ehemals Leiter und Vizechef der mit den in Bayern verübten fünf Morden befassten Soko Bosphorus, sowie vertrauliche Unterlagen den Verdacht nahe, Spuren ins rechtsextreme Spektrum seien „nicht offensiv und akribisch verfolgt worden“, weil dann der Generalbundesanwalt zuständig geworden wäre. Linke-Sprecherin Petra Pau zeigte sich „fassungslos“, dass die Soko, die am nächsten an der Wahrheit dran gewesen sei, kaum Informationen von anderen Ämtern erhalten habe. Aus Sicht des Grünen-Parlamentarier Wolfgang Wieland wurde Geier „ausgebremst“. Der Ex-Chef der Soko skizzierte ein bizarres Bild. Der Ermittlungsaufwand der 60-köpfigen Soko sowie weiterer 100 Beamter in anderen Ländern und beim Bundeskriminalamt (BKA) war gigantisch, „eine unglaublich aufwendige Arbeit“, lobte Högl. Indes: „Eine heiße Spur fand sich nicht“, berichtete

Geier. So konnten über Jahre hinweg unentdeckt neun türkisch- oder griechischstämmige Kleinunternehmer und eine Polizistin erschossen werden. Es mutet nach Orwell an, was Geier schilderte. Mehr als 30 Millionen Daten wurden ausgewertet, massenhaft analysiert wurden Telefonverbindungen, Melderegister, Bilder von Überwachungskameras, Hotelübernachtungen, Kreditkarten, Reisebewegungen, Visapapiere einreisender Türken, Tankbelege an Autobahnen. In München befragten Polizisten Hunderte türkische Kleinunternehmer nach Hinweisen. 11.000 Personen wurden genauer überprüft, mehr als Hundert Rasterfahndungen eingeleitet. Auch die Mitglieder von Nürnberger Schützenvereinen wurden durchleuchtet. Doch alle Spuren führten ins Nichts. Kein Wunder: Gesucht wurde im kriminellen Bereich, Drogen, Wettschulden, links- oder rechtsextreme Türken, organisiertes Verbrechen, auch ausländische Geheimdienste kamen ins Spiel. Schließlich wurde laut Geier noch die „Einzeltätertheorie“ entwickelt: Es könne sich vielleicht um einen oder mehrere Männer handeln, die eine Abneigung gegen Türken haben und sich als Rechtsextremisten aus dieser als schwächlich empfundenen Szene gelöst haben, um unter dem Motto „Taten statt Worte“ zuzuschlagen – ein Profil, das exakt auf Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt vom NSU-Trio zutrifft.

Spur 195 war also heiß. Aber: Ergebnislos überprüft wurden Rechtsextremisten nur im Raum Nürnberg, wo der „Verankerungspunkt“ (Geier) der Täter gesehen wurde – weil dort drei der Morde verübt wurden. Es dauerte mehrere Monate, erläuterte der Zeuge, bis der bayerische Verfassungsschutz der Soko eine Liste mit Rechtsextremisten aus dieser Region übermittelte. Geier: „Das ist nicht normal, deshalb haben wir immer wieder nachgebohrt.“ Es sei ein „Trauerspiel“, kritisierte Binninger, dass man um Informationen habe „betteln müssen“. Warum aber forschte die Soko nicht auch andernorts nach Rechtsextremisten? Geier und Mähler erklärten, sie seien davon ausgegangen, dass der bayerische Verfassungsschutz entsprechende Anfragen in anderen Ländern starte. Auch auf polizeilichen Kanälen habe man jenseits von Bayern auf die Mordserie aufmerksam gemacht. „Ich wäre froh gewesen“, sagte der Ex-Chef der Soko, „wenn wir Informationen über das Abtauchen des NSU bekommen hätten.“

»Keine Antwort« „Das kenne ich nicht“, sagte Geier auf den Vorhalt des Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD), das FBI habe an das Bundeskriminalamt (BKA) eine Analyse übermittelt, wonach bei den Morden von einem fremdenfeindlichen Hintergrund auszugehen sei. Geier kritisierte, dass die Ermittlungen nicht zentral vom BKA geführt wurden. Erstaunen löste seine Bemerkung aus, er habe beim Bundesamt für Verfassungsschutz um die Benennung einer Kontaktperson gebeten, aber „keine Antwort erhalten“. Elektrisiert wurden die Abgeordneten durch Geiers Aussage, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit habe die Polizei Hinweise unterlassen, es könne sich eventuell um

rechtsextreme Serientäter handeln. Man habe keine Unruhe schüren wollen. Der Zeuge verwies auf ein von ihm nach einem Telefonat mit dem bayerischen Innenministerium angefertigtes Vermerk vom Juni 2006: „Minister sieht Einzeltätertheorie als kritisch für die Öffentlichkeit – Angst der türkischen Bevölkerung.“ Für Högl ist dies ein Beleg, dass die rechtsextreme Spur nicht nachdrücklich verfolgt worden sei. Ressortchef war damals Günther Beckstein (CSU); er steht auf der Zeugenliste. *Karl-Otto Sattler*



»Niemand hat sich verantwortlich gefühlt.«
Hartfrid Wolff (FDP)

Die »Dänen-Ampel« als Option

SCHLESWIG-HOLSTEIN Vor der Landtagswahl herrscht an der Kieler Förde Wechselstimmung

Im meerumschlungenen Schleswig-Holstein posieren die Spitzenkandidaten der aussichtsreichsten Parteien vor der Landtagswahl am liebsten in maritimer Umgebung. Der SPD-Hoffnungsträger und amtierende Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig lud in Dagebüll zur Wattwanderung. Der Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck spazierte mit Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) plaudernd am Strand von Westerhever auf der Halbinsel Eiderstedt. Und Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU), der seinem Parteifreund Peter-Harry Carstensen als Ministerpräsident nachfolgen möchte, ließ Hündin Lila am Strand von Eckernförde Stöckchen apportieren. Wer von dem Trio sich nasse Füße holt, entscheiden am Sonntag 2.243.000 Wahlberechtigte, darunter 76.000 Erstwähler.

fügt die Koalition über eine Stimme mehr im Kieler Landtag als die Opposition aus SPD (25,4/25), Grünen (12,4/12), der Linken (6,0/6) und dem SSW (4,3/4). Der Wind im nördlichsten Bundesland hat sich in den letzten Monaten gedreht, es herrscht Wechselstimmung. In einer am Freitag veröffentlichten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer liefern sich CDU und SPD mit je 31 Prozent ein Kopf-an-Kopf-Rennen, gefolgt von den Grünen (12,5 Prozent) und den Piraten (neun Prozent). Während sich die FDP mit sieben Prozent Hoffnung auf den Wiedereinzug in das Parlament machen kann, sieht es für Die Linke (2,5 Prozent) deutlich düsterer aus. Den SSW würden vier Prozent wählen, die „Sonstigen“ drei Prozent.

Während sich der scheidende Ministerpräsident Carstensen beim Bilanzziehen Erfolge in der Wirtschaft, Finanz- und Schulpolitik ans Revers heftet, kritisiert die Opposition vor allem den radikalen Sparkurs der Regierung. „Chaos an den Schulen, Streichungen und Kürzungen im Sozialbereich, dafür aber Steuergeschenke für Hoteliers und reiche Erben“, fassen die SPD und Albig ihre Sicht auf die Bilanz der Landesregierung zusammen. Albig, der bei den Sympathiewerten mit 49 zu 21 Prozent klar vor

Vorzeitiges Ende Seit zweieinhalb Jahren regiert Schwarz-Gelb an der Förde. Die Wahlperiode endet vorzeitig, weil das Landesverfassungsgericht das 2009 gültige Wahlrecht auf Klage von Grünen, Südschleswigischem Wählerverband (SSW) und Linkspartei als nicht verfassungskonform ansah. Die CDU hatte bei der Wahl 31,5 Prozent der Stimmen und 34 Sitze gewonnen. Zusammen mit der FDP (14,9/14) ver-

de Jager liegt, will es zusammen mit den Grünen besser machen. Weil es für Rot-Grün kaum reichen wird, wenn die Piratenpartei erstmals und die FDP wieder in den Kieler Landtag einziehen, ist die von Habeck ins Gespräch gebrachte „Dänen-Ampel“ aus SPD, Grünen und SSW eine Option. Die Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung werde an ihrer Partei nicht scheitern, versicherte SSW-Frontfrau Anke Spoorendonk schon mal.

Kritik am SSW Weil die CDU ihre Felle davonschwimmen sieht, attackiert der selbsternannte „letzte Substanzpolitiker“ Jost de Jager in der Endphase des Wahlkampfes den SSW vehement. Der Pastorensohn bezeichnet die Partei der dänischen Minderheit als „im Kern linke Partei“ und kratzt am Sonderstatus der von der Fünf-Prozent-Klausel befreiten Partei, die „für mehr Schulden und mehr Schulideologie“ stehe. De Jagers Hoffnung: die Große Koalition. Im Bundesrat wird die Wahl im Norden so oder so keine entscheidenden Machtverschiebungen bringen: Dort können sowohl Schwarz-Gelb als auch die drei Parteien der Bundestagsopposition selbst mit den vier Bundesratsstimmen von Schleswig-Holstein nicht die Mehrheit von 35 der insgesamt 69 Stimmen erreichen. *Volker Stahl*

KURZ NOTIERT

Nationales Waffenregister wird eingerichtet

Bei Enthaltung der Linksfraktion hat der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Errichtung eines Nationalen Waffenregisters (17/8987) in modifizierter Fassung (17/9217) verabschiedet. Mit dem Gesetz soll eine Vorschrift der EU-Waffenrichtlinie umgesetzt werden. Danach haben die Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass ein computergestütztes Waffenregister eingeführt und „stets auf dem aktuellen Stand gehalten wird, in dem jede unter die Richtlinie fallende Waffe registriert ist“. Das Waffenregister soll der Vorlage zufolge der Speicherung und Übermittlung von Daten dienen, die erforderlich sind, um „erlaubnispflichtige Schusswaffen sowie waffenrechtliche Erlaubnisse, Ausnahmen, Anordnungen, Sicherstellungen oder Verbote“ Personen zuzuordnen zu können. *sto*

Rechtsschutz in Wahlsachen soll verbessert werden

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen haben zwei gemeinsame Gesetzentwürfe „zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen“ (17/9391) und zur Änderung des Grundgesetz-Artikels 93 über die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts (17/9392) vorgelegt, über die der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet. Danach soll unmittelbar beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen eine Feststellung des Bundeswahlausschusses eingelegt werden können, wenn dieser die Anerkennung einer Vereinigung als Partei zur Wahl ablehnt. Bislang gibt es vor der Wahl keinen Rechtsbehelf gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Feststellung der Parteieigenschaft. Auch sollen der Bundeswahlausschuss und die Landeswahlausschüsse um je zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts beziehungsweise Oberverwaltungsgerichts ergänzt werden. *sto*

Anzeige

ICH BIN RESSOURCENSCHONER.

SCHÜTZT WAS GUT IST

Tetra Pak

Du hast es in der Hand.

Heute schon an morgen denken: Tetra Pak Getränkekartons bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Der Vorteil: Holz steht bei verantwortungsbewusster Waldwirtschaft nahezu unbegrenzt zur Verfügung und lässt somit die Natur weitgehend im Gleichgewicht. Damit trägt Tetra Pak schon heute zum Schutz natürlicher Ressourcen bei.

tetrapak.de



Trotz aller Kritik müssen Patienten auch künftig einmal im Quartal zehn Euro Praxisgebühr bezahlen.

Kampf gegen Fälschungen

ARZNEIMITTEL Die Bundesregierung will das Einbringen von gefälschten Arzneimitteln in die legale Lieferkette verhindern. Sie hat dazu einen Gesetzentwurf (17/9341) vorgelegt, mit dem eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Der Bundestag überwies die Vorlage zur federführenden Beratung am vergangenen Donnerstag an den Gesundheitsausschuss. In der Debatte erläuterte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Ulrike Flach (FDP), gefälschte Arzneimittel stellten in Europa ein wachsendes Problem dar. Mit der Umsetzung der Fälschungsrichtlinie würden die Anforderungen an Hersteller, Importeure und Vertreiber von Wirkstoffen konkretisiert und transparenter gemacht. Weiteres Ziel des Entwurfs eines „Zweiten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ ist die Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel hinsichtlich der Pharmakovigilanz. Damit ist die Überwachung von auf dem Markt befindlichen Arzneimitteln auf Nebenwirkungen gemeint, die beispielsweise in den Zulassungsstudien noch nicht entdeckt wurden. Auch hierzu liegen Europäische Richtlinien vor. Ferner sollen im Heilmittelwerbegesetz Änderungen zur Anpassung an die europäische Rechtsprechung vorgenommen werden, die laut Gesetzentwurf der weiteren Liberalisierung des Heilmittelrechts dienen. *mpl*

Monster und Rittberger

PRAXISGEBÜHR Die Union hält an der Quartalsgebühr fest – trotz Kritik der FDP

Es war ein Eingeständnis, das Karl Lauterbach ganz sicher schwerfiel: Die im Jahr 2004 von Rot-Grün eingeführte Praxisgebühr, habe die Erwartungen, die man daran geknüpft hatte, nachweislich nicht erfüllt und „gehört abgeschafft“, sagte der SPD-Gesundheitsexperte am vergangenen Freitag im Bundestag. Alle drei Oppositionsfractionen hatten Anträge zur Abschaffung der Gebühr vorgelegt (17/9067, 17/9189, 17/9408) und verlangt, dass das Plenum darüber sofort in der Sache abstimmen möge. Die Koalition lehnte das ab und setzte durch, dass die Anträge nun erst im zuständigen Gesundheitsausschuss beraten werden. Inhaltlich steht die Union als Verfechter der Gebühr allein da, ihr liberaler Koalitionspartner will sie ebenso abschaffen.

Immense Verwaltungskosten Von einem „Bürokratiemonster“ ohne Wirkung sprach die FDP-Gesundheitsexpertin Christine Aschenberg-Dugnus. Die Gebühr habe nie das erreicht, was sie sollte: die Zahl der „Bagatellansprachen“ von Ärzten zu verringern. Stattdessen habe sie immense Verwaltungskosten mit sich gebracht. 360 Millionen Euro würden dafür jährlich fällig werden, zehn Millionen Stunden ver-

bringe man in den deutschen Arztpraxen damit. Die FDP habe schon immer „eine klare Position zur Praxisgebühr“ gehabt, betonte Aschenberg-Dugnus. Der Opposition, vor allem den Sozialdemokraten, nehme hingegen niemand die neuevolle Abkehr von dem Instrument ab. Dass sie mit dem Thema nun in Nordrhein-Westfalen Wahlkampf betreibt, sei „ungläubig, unredlich und unseriös“. Dass kurz vor der Wahl in Schleswig-Hol-

stein allerdings auch fünf FDP-Landesminister in einer gemeinsamen Erklärung die Abschaffung der Gebühr fordern, brachte den Liberalen im Bundestag jede Menge Häme ein. So betonte der Vorsitzende der Linkspartei, Klaus Ernst, noch Anfang des Jahres habe die FDP entsprechende Pläne abgelehnt, nun vollziehe sie „den doppelten Rittberger an die Spitze der Bewegung“. Ernst wies darauf hin, dass seine Fraktion schon vor einigen Wochen einen entsprechenden Antrag (17/9031) zur Abschaffung der Gebühr ins Parlament eingebracht habe. Dessen Abschluss habe die FDP im Gesundheitsausschuss verhindert, sodass darüber im Plenum noch immer nicht abgestimmt werden könne. Ernsts

Fraktionskollegin Martina Bunge betonte, die Zuzahlungen pro Quartal seien „unsinnig“ und hätten negative Folgen für geringverdienende Patienten. Damit verstoße Deutschland auch gegen die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation. Auch SPD und Grüne hätten gern sofort abgestimmt. Die Abschaffung der Gebühr wäre längst „ohne Brimborium“ möglich gewesen, sagte Maria Klein-Schmeink für die Grünen. Sie warf den Liberalen vor, die Union mit einer Forderung, die gegen den Koalitionsvertrag verstoße, vorzuführen. Klein-Schmeink ergänzte, dass die Kassen einen Ausgleich für den Wegfall der zwei Milliarden Euro benötigen, die sie pro Jahr durch die Gebühr erhielten. „Natürlich muss man dafür sorgen, dass es eine Gegenfinanzierung gibt“, betonte die Abgeordnete. Sie sagte, sie erwarte, dass die Koalition sich demnächst auf „Eintrittsgebühren bei jedem Arztbesuch“ verständigen werde.

»Zuzahlungsmentalität« Auch Karl Lauterbach hielt fest, seine Fraktion habe damals eine deutliche Reduktion der Arztbesuche und ein höheres Kostenbewusstsein der Patienten erwartet. Stattdessen habe sich herausgestellt, dass die Praxisgebühr Obdachlose, Arbeitslosengeld-II-Bezieher, Einkommensschwache und Patienten mit Migrationshintergrund von sinnvollen und nötigen Arztbesuchen abhalte. Es gehöre zur Politik, dass man aus Fehlern lernen müsse – die Abgeordneten seien „gewählt worden, um etwas gebacken zu bekom-

men“. Dass die Union sich dem verweigere, in dem sich Patienten, Ärzte und die übrigen vier Bundestagsfraktionen einig seien, sei Ausdruck ihrer überkommenen „Zuzahlungsmentalität“. Vorwürfe, die die Union zurückwies. So betonte der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn, noch vor zwei Jahren habe die Opposition der Koalition vorgeworfen, im Gesundheitswesen nicht genug zu sparen, nun könne es ihr „mit dem Geldausgeben nicht

schnell genug gehen“. Spahn bedauerte, dass SPD und Grüne nicht mehr sehen wollten, was man 2004 „aus guten Gründen“ beschlossen habe. Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen seien ein „Ausdruck von Solidarität“ und Zeichen dafür, dass man auch bereit sein müsse, etwas einzubringen, wenn man am „besten Gesundheitssystem der Welt“ teilhabe. Die Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung sei so gut wie seit Jahren nicht mehr. Es sei sinnvoller, Rücklagen zu bilden, damit man in der nächsten Krise nicht als Erstes die Versichertenbeiträge erhöhen müsse. Spahns Kollegin Karin Maag unterstrich, es sei bei der Einführung der Praxisgebühr auch um eine Konsolidierung der Finanzen der Krankenkassen gegangen. Es gehöre zur „Regierungsverantwortung“, sich um die Bezahlbarkeit des Gesundheitssystems zu kümmern. Was aber könnte auf die Praxisgebühr folgen? Denn auch wenn sie die Erwartungen nicht erfüllt haben: Die gesetzlichen Krankenkassen kalkulieren mit den Einnahmen in Höhe von rund zwei Milliarden Euro jährlich. Dass die Kassen und der Gesundheitsfonds milliardenschwere Rücklagen haben, könne sich in Krisenzeiten schnell wieder ändern, warnen Experten. Und noch immer sei die Zahl der Arztbesuche im internationalen Vergleich hoch. Mit den Alternativen zur Selbstbeteiligung der Patienten – von der Gebühr bei jedem Arztbesuch bis hin zu prozentualen Beteiligungen bei der Kostenerstattung.

KOMPAKT

- > Ziel** Die Praxisgebühr wurde 2004 unter Rot-Grün mit der Unterstützung der Union eingeführt. Sie sollte die Zahl der Arztbesuche reduzieren und die Hausärzte stärken.
- > Ergebnis** Die Gebühr bringt den gesetzlichen Krankenkassen rund zwei Milliarden Euro jährlich – die Zahl der Arztbesuche hat sie aber nicht nachhaltig verringert. Studien zufolge bringt die Gebühr einkommensschwachen Patienten dazu, auf Arztbesuche zu verzichten.
- > Alternativen** Diskutiert werden verschiedene Modelle zur Selbstbeteiligung der Patienten – von der Gebühr bei jedem Arztbesuch bis hin zu prozentualen Beteiligungen bei der Kostenerstattung.

Der Experte des GKV-Spitzenverbandes, Ralf Kollwitz, machte hingegen deutlich,

Wer schön sein will, muss zahlen?

KRANKENKASSEN Kontroverse um Kostenbeteiligung für Folgebehandlungen

Das Geschäft mit der Schönheit boomt. Nach Darstellung des Vereins „Pro Tattoo“ werden in Deutschland jährlich rund zwei Millionen Tattoos gestochen. Der Jahresumsatz aller deutschen Studios „dürfte bei gut 50 Millionen Euro liegen“. Hinzu kommen anderen Schätzungen zufolge jährlich rund sechs bis acht Millionen Piercings. Und der Augsburger Rechtsprofessor Ulrich M. Gassner geht davon aus, dass es „pro Jahr eine Million Schönheitsoperationen gibt“, Tendenz steigend. Alles schön, doch wer muss zahlen, wenn in Folge von Körperingriffen aus rein ästhetischen Gründen Gesundheitsschäden auftreten? Dieser Frage widmeten sich die Abgeordneten in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses in der vergangenen Woche.

Die Beteiligung an Kosten für Folgebehandlungen ist umstritten. Seit ein paar Jahren sind die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtet, Patienten an medizinisch nicht notwendigen Schönheitsoperationen, Piercings und Tätowierungen „in angemessener Höhe“ zu beteiligen. Gassner bezeichnete dies in der Anhörung als einen „absolut legitimen Ansatz“, schließlich sei Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) „keine Einbahnstraße“. Dagegen befürworteten der Sozialverband Deutschland (SoVD), die Deutsche Gesellschaft der Plastischen, Rekonstruktiven und Ästhetischen Chirurgen (DGPRAC) und weitere Organisationen den der Anhörung zugrundeliegenden Antrag der Fraktion Die Linke (17/8581). Darin verlangen die Abgeordneten die Abschaffung des sogenannten

Selbstverschuldensparagrafen im Fünften Sozialgesetzbuch. Der Richter am Sozialgericht Düsseldorf, Matthias Bernzen, wies darauf hin, dass die derzeitige Beschränkung auf Gesundheitsrisiken in Folge von Schönheitsoperationen, Tätowierungen und Piercings eine „sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung“ darstelle. Zur Erläuterung fügte Bernzen hinzu: „Sie können sich die Zunge aufschneiden lassen und die Behandlung wird bezahlt, die Behandlung nach einem Zungenpiercing aber nicht.“

Der Experte des GKV-Spitzenverbandes, Ralf Kollwitz, machte hingegen deutlich,



Tattoos und Piercings sind in Mode.

dass die Formulierung des betreffenden Paragrafen eine weit auslegbare Regelung beinhalte. Unter medizinisch nicht indizierten ästhetischen Operationen könnten auch sogenannte Brandings und andere Eingriffe in den Körper aus rein ästhetischen Gründen gefasst werden, im Zweifelsfall auch Ohrlochstechen. Zunächst übernahmen die Kassen die Kosten für medizinisch notwendige Behandlungen infolge von Körperingriffen aus ästhetischen Gründen vollständig. Dann werde grundsätzlich in jedem Einzelfall eine Kostenbeteiligung geprüft. Als grundsätzlich akzeptiert werde eine Beteiligung in Höhe von 50 Prozent angesehen. Kollwitz fügte hinzu, der GKV-Spitzenverband verfüge über „keinerlei Fallzahlen“.

Die Frauen, denen minderwertige Silikonkissen der französischen Firma Poly Implant Prothèse (PIP) implantiert worden sind, die nun entfernt werden müssen, seien ein spezieller Fall, erläuterte Kollwitz. Bei der Prüfung einer Kostenbeteiligung sei hier zu berücksichtigen, dass die Betroffenen „unverschuldet in diese Situation geraten“ seien. Hans-Jürgen Maas von der Bundesärztekammer betonte, die „Selbstverschuldensregel“ werde von seiner Organisation grundsätzlich für richtig gehalten. Die von den PIP-Billigsilikonkissen ausgehenden Risiken seien aber weder Ärzten noch den Operierten bekannt gewesen. Die Frauen seien daher nicht bewusst ein spezielles Gesundheitsrisiko eingegangen. Deshalb solle in diesem Fall die Kostenbeteiligungspflicht hintangestellt werden. *Monika Pilath*

FÜNF FRAGEN ZUR: PRAXISGEBÜHR



HEINZ LANFERMANN Gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Herr Lanfermann, Sie wollen die Praxisgebühr abschaffen. Dann könnten Sie ja eigentlich den Anträgen der Opposition zustimmen, oder?

Wir werden über das Thema ausführlich im Ausschuss beraten. Die Anträge der Oppositionsfractionen beziehen sich auf deutlich mehr als nur die Abschaffung der Praxisgebühr. Das sind in gewisser Weise Schwanenstücke, die geflissentlich übersehen, dass es vor allem darum geht, ein Steuerungsinstrument zu überprüfen, das sich nicht bewährt hat – so, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht.

Woran machen Sie das Scheitern fest?

Die gleichbleibend hohe Zahl von 18 Arztbesuchen jährlich pro Kopf zeigt ganz offensichtlich, dass die angestrebte Steuerungswirkung nicht funktioniert. Wir stehen damit international an der Spitze. Außerdem gibt es aktuell große Überschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Abschaffung der Praxisgebühr oder zumindest deren Aussetzung

für zwei oder drei Jahre wäre der beste Weg, den Versicherten einen Teil dieses Geldes zurückzugeben und gleichzeitig ein bürokratisches und sinnloses Instrument abzuschaffen.

Sinnlos? Die Praxisgebühr bringt den Kassen zwei Milliarden Euro jährlich.

Dem stehen aber 360 Millionen Euro an Bürokratiekosten bei den Ärzten gegenüber. Das ist sinnlos ausgegebenes Geld. Das sind pro Praxis jährlich 4.100 Euro, die Mahnkosten noch gar nicht eingerechnet. Das zu überprüfen, haben wir im Koalitionsvertrag eindeutig vereinbart.

Trotzdem sperrt sich die Union vehement gegen eine Abschaffung der Praxisgebühr. Droht da wieder Koalitionskrach?

Ich bin davon überzeugt, dass sich weder die Union noch Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich einen Gefallen tun, an dieser Ablehnung festzuhalten. Deshalb werden wir das Thema weiter diskutieren.

Was könnte denn ein geeigneteres Steuerungsinstrument sein?

Jeder kann Vorschläge machen und alle sollen diskutiert werden. So könnte man den Versicherten ein Wahlrecht einräumen, sich über einen Selbstbehalt oder eine Kostenbeteiligung an den Kosten der vielen Arztbesuche zu beteiligen, dafür aber einen geringeren Beitrag zu bezahlen. Das würde die Eigenverantwortung der Patienten stärken. Denkbar ist auch, mehr Transparenz dadurch zu schaffen, dass man allen Patienten eine Rechnung ausstellt, damit sie selbst einschätzen können, ob bestimmte Behandlungen Sinn machen. Über all das muss man offen diskutieren. Uns bringen aber Sandkastenspiele nichts, in denen Fraktionen es nur darauf anlegen, andere in Verlegenheit zu bringen. Ich sage ganz offen: Die Koalition wird sich über die Diskussion zur Praxisgebühr nicht auseinander dividieren lassen.

Die Fragen stellte Susanne Kailitz.

»Weder Union noch Kanzlerin tun sich einen Gefallen, an der Ablehnung festzuhalten.«

Vorstoß für Betriebsrenten

FINANZEN Die Bundesregierung soll eine Schwächung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland durch neue EU-Vorschriften verhindern. Der Bundestag stimmte am Donnerstag einem Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/9394) zu, in dem eine Übertragung der EU-Pensionsrichtlinie auf Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge strikt abgelehnt wird. Von deutschen Pensionskassen erstellte Simulationsrechnungen hätten ergeben, dass bei einer 1:1-Übertragung der EU-Vorstellungen die Eigenmittel und Rückstellungen der deutschen Einrichtungen vervielfacht werden müssten. „Die fehlenden Mittel müssten entweder von den für die Betriebsrenten haftenden Arbeitgebern zur Verfügung gestellt werden und/oder die Betriebsrenten müssten im Rahmen der arbeitsrechtlichen Möglichkeiten gekürzt oder dürften zumindest nicht mehr angepasst werden“, warnen die Koalitionsfraktionen.

Wie es in dem Antrag weiter heißt, sind derzeit über acht Millionen Beschäftigte und Betriebsrentner über deutsche Pensionskassen abgesichert. Bei dieser betrieblichen Altersversorgung handele es sich in erster Linie um eine betriebliche Sozialleistung und nicht um ein „Finanzprodukt“, schreiben Unions- und FDP-Fraktion.

Die zusätzliche Altersversorgung über Betriebsrenten und Pensionskassen gilt im Vergleich zu vielen anderen Spar- und Vorsorgeformen als verhältnismäßig sicher. So hatte die Bundesregierung in einer Antwort (17/8225) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/8047) mitgeteilt: „In der Praxis wurden Liquiditätsprobleme von Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen oder Pensionsfonds noch nicht beobachtet und sind auch für die Zukunft eher unwahrscheinlich.“ Die Pensionsfonds und Pensionskassen seien gut gegen Verluste gesichert. *hle*

KURZ NOTIERT

Arbeitszeiten selbständiger Kraftfahrer geregelt

Der Bundestag hat am Donnerstag dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/8988, 17/9258) zur Regelung der Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern zugestimmt. Damit wird die Richtlinie 2002/15/EG für selbständige Kraftfahrer in nationales Recht umgesetzt werden. Die Arbeitszeiten der selbständigen Kraftfahrer werden im wesentlichen mit den Zeiten von nicht selbständigen Kraftfahrern gleichgesetzt. *mik*

Weidmann erläutert IWF-Aufstockung

Der Haushaltsausschuss hat in der vergangenen Woche einen Bericht des Bundesfinanzministeriums zur Aufstockung der Kreditlinien für den Internationalen Währungsfonds (IWF) „zur Kenntnis“ genommen. Danach werden die bilateralen Kredite der Industrie- und Schwellenländer um 430 Milliarden Dollar erhöht. Der deutsche Anteil beträgt 41,5 Milliarden Euro; er wird von der Bundesbank gestellt. Dessen Präsident Jens Weidmann erläuterte die Beschlüsse des IWF. Die Aufstockung wurde von der Koalition und den Grünen „ausdrücklich begrüßt“. Die SPD hielt es für richtiger, die Mittel direkt den Euro-Rettungsschirmen zur Verfügung zu stellen. Weidmann rechnet nicht damit, dass die Aufstockung Auswirkungen auf den Bundeshaushalt hat. *mik*

Bündnis 90/Die Grünen wollen Barrierefreiheit

Für einen Abbau der Barrieren für Behinderte bei Mobilität und Wohnen setzt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/9406) ein, der am Donnerstag im Bundestag erstmals beraten wurde. Deshalb fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, den öffentlichen Personenverkehr so zu gestalten, dass die Belange Behinderten und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung stets berücksichtigt werden und Maßnahmen ergriffen werden, um eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. *mik*

Die Linke fordert umfassendes Elbekonzept

Die Linke fordert einen besseren Schutz der Elbe. Der Zustand der Elbe werde nach einer Klassifikation der EU-Kommission als „mäßig“ bis „unbefriedigend“ bezeichnet. In einem am Donnerstag beratenen Antrag (17/9160) fordern die Abgeordneten daher, ein umfassendes Elbekonzept zu erstellen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit allen Anrainern (Bundes-)Ländern über die bereits bestehende Internationale Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) und die nationale Flussgebietsgemeinschaft Elbe (FFG) hinaus verstärkt werden. *as*



Der Tisch ist gedeckt: Der Bundestag soll die erste Tranche für das ESM-Sparschwein bereitstellen.

Rettungsschirme werden größer

HAUSHALT Für den ESM müssen in diesem Jahr 8,7 Milliarden Euro eingezahlt werden. Ein Nachtragsetat ist notwendig

Die Rettungsschirme werden immer größer und zahlreicher und die Brandmauern werden immer höher. Für die Rettung des Euros wird viel getan – und jetzt erstmals auch Bargeld in die Hand genommen. Während Deutschland für den jetzigen Rettungsschirm EFSF „nur“ Bürgschaften eingegangen ist, soll der neue Schutzschirm „Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)“ auch mit Bargeld unterlegt werden: Insgesamt 80 Milliarden Euro sollen eingezahlt werden, Deutschlands Anteil daran beträgt 21,7 Milliarden Euro. Davon sind in diesem Jahr 8,7 Milliarden Euro fällig. Bei den Haushaltsverhandlungen 2012 im Herbst des vergangenen Jahres gingen die Abgeordneten davon aus, dass der ESM erst 2013 kommen sollte. Somit wurde kein Geld für die Einzahlungen in diesem Jahr bereitgestellt. Im Februar haben jedoch die Staats- und Regierungschefs beschlossen, den Schutzschirm vorzuziehen. Deshalb muss das Geld jetzt mit einem Nachtragshaushalt beschafft werden.

Gesetzentwurf Dazu legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf (17/9040) vor, der am vergangenen Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Danach sollen sich die Ausgaben in diesem Jahr gegenüber dem bisherigen Haushaltsgesetz um 6,5 Milliarden Euro auf 312,7 Milliarden Euro (bisher: 306,2 Milliarden Euro) erhöhen; die Neuverschuldung soll um 8,7 Milliarden Euro auf 34,8 Milliarden Euro (bisher 26,1 Milliarden Euro) steigen. Im vergangenen Jahr betragen die Gesamtausgaben 305,8 Milliarden Euro und die Neuverschuldung 17,3 Milliarden Euro. Die Regierung will den Nachtragshaushalt auch nutzen, um Anpassungen an den bisherigen Haushaltsverlauf 2012 einzuarbeiten. Darüber hinaus sollen mit dem Nachtrag Änderungen bei den Steuereinnahmen, beim Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank, bei den Zinsausga-

ben und bei den bislang geplanten Rücknahmen aus dem Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie aufgrund der zwischenzeitlichen Abrechnung des von der BA für das Haushaltsjahr 2012 zu errichtenden Eingliederungsbeitrags vorgenommen werden. Zudem werde zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ ein Darlehen eingestellt.

Schuldenbremse eingehalten Laut Bundesregierung unterschreitet auch die erhöhte Nettokreditaufnahme die Neuverschuldungsgrenze der Schuldenbremse. Damit würden auch die Vorgaben des Artikels 115 Grundgesetz und des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 eingehalten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Steffen Kampeter (CDU), bezeichnete die Bareinzahlung an den ESM als Investition in die Stabilität Europas. Deutschland werde dazu mit seinen insgesamt 21,7 Milliarden Euro einen „substanziellen“ Beitrag leisten. Für die Bundesregierung sei Stabilität ein wichtiges politisches Ziel und die Voraussetzung für den ESM.

Kampeter kündigte an, dass bis zur Verabschiedung des Nachtragsetats Ende Mai weitere Anpassungen vorgenommen werden müssten. Dazu zählt er die Auswirkungen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, der für die Beamten übernommen werden solle, sowie die Auswirkungen der Steuer-senkung vom Mai. Ziel der Regierung sei es, die Nettoneuverschuldung auf dem Niveau des Nachtragsetats zu halten. Die Sprecher der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP unterstützten die Regierung in ihrem Kurs. Jürgen Koppelin (FDP) betonte, dass mit dem Nachtragsetat notwendige Korrekturen vorgenommen würden. Damit werde weiterhin für Haushaltsklarheit und -wahrheit gesorgt. Die Koalition setze sich dafür ein, dass in Europa eine solide Arbeitsmarkt- und Haushaltspolitik gemacht werde. Dafür habe die Koalition in Deutschland erfolgreich Rahmenbedingungen geschaffen. Bartholomäus Kalb (CSU)

wies darauf hin, dass die höhere Neuverschuldung keine Auswirkungen auf das strukturelle Defizit und auf die Maastricht-Kriterien habe. Deutschland werde die Schuldenbremse erfüllen und 2016 einen Haushalt ohne wesentliche Neuverschuldung vorlegen, prognostizierte er. Sein Fraktionskollege Norbert Barthle (CDU) wies darauf hin, dass das Geld des Nachtragsetats nicht ausgegeben werde, sondern lediglich auf ein anderes Konto transferiert werde.

Wenig Spielraum Die Sprecher der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten vor allem, dass die Regierung in der Vergangenheit keine Rücklagen für Risiken gebildet habe. Carsten Schneider (SPD) bezeichnete den Haushalt als „verantwortungslos“. Zukünftigen Generationen werde kein Spielraum mehr gegeben. Jetzt sei die Gelegenheit da gewesen, wegen der hohen Steuereinnahmen die Neuverschuldung zurückzuführen. Er wies darauf hin, dass die ersten Folgen der Eurokrise sich schon im Haushalt niederschlagen würden. So sei zum Beispiel die Überweisung der Bundesbank an den Bundeshaushalt geringer als erwartet. Auch für Dietmar Bartsch (Die Linke) ver-schenkt die Regierung die Gelegenheit zur Konsolidierung. Wenn schon neue Schulden gemacht würden, sei es wichtig, für was das Geld verwendet werde. Die Regierung verwendet laut Bartsch die Mittel jedoch, um „die Märkte zu beruhigen“ und Vertrauen wieder herzustellen. Politik sei jedoch nicht da, Märkte zu beruhigen, sondern müsse dafür sorgen, dass soziale Missstände beseitigt würden. Außerdem habe die Regierung ein Einnahmeproblem. Deshalb forderte er unter anderem, den Spitzensteuersatz zu erhöhen und mehr Einnahmen aus Erbschaften zu erzielen. Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass ihre Fraktion für den Rettungsschirm sei. Sie kritisierte jedoch ebenfalls die geringe Risikoversorge der Koalition. Deshalb sei eine ehrliche Bilanz der Risiken notwendig. *Michael Klein*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Rechte des Parlaments gestärkt

HAUSHALT Die Beteiligungsrechte des Bundestages bei der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) werden gestärkt. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (17/9145, 17/9435) stimmte der Bundestag am Freitag zu. Entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben wird danach die Zuständigkeit des Sondergremiums (Neuner-Gremium) begrenzt werden. Zudem wird klargestellt, dass die Besetzung des Sondergremiums sowohl die Mehrheitsverhältnisse widerspiegelt als auch dem Grundsatz der Spiegelbildlichkeit entspricht. Die Bundesregierung soll die besondere Vertraulichkeit der Angelegenheit geltend machen können, soweit ein Kauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt geplant ist. In diesem Fall sollen die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages von Mitgliedern des Haushaltsausschusses wahrgenommen werden.

Das Sondergremium hat neun Mitglieder und ebensoviele stellvertretende Mitglieder. Es kann der Annahme der besonderen Vertraulichkeit widersprechen. Im Falle des Widerspruchs soll der Bundestag die bezeichneten Beteiligungsrechte wahrnehmen.

Durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP sowie der SPD-Fraktion wird unter anderem der Zustimmungsvorbehalt des Plenums bei der haushaltspolitischen Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages betont und klargestellt, dass die Mitglieder des Sondergremiums für ihre Wahl durch den Deutschen Bundestag eine Mehrheit der Stimmen haben müssen.

Klärung wurde auch, dass das Verlangen nach einer öffentlichen Anhörung von einem Viertel der Mitglieder des Haushaltsausschusses und von mindestens zwei Fraktionen unterstützt werden muss. Es wird damit gerechnet, dass die Parlamentsbeteiligung beim ESM entsprechend geregelt wird. *mik*

SPD für Konversions-Programm

VERKEHR UND BAU Die Bundesregierung soll im Rahmen der Städtebauförderung ein eigenständiges Programm „Konversion“ auflegen, um den städtebaulichen Folgen von Standort-schließungen oder -verkleinerungen der Bundeswehr entgegenzuwirken. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/9060), der am Donnerstag zusammen mit einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/9405) erstmals beraten wurde. Davon unabhängig sollen laut SPD die Mittel für die Städtebauprogramme auf den tatsächlichen Bedarf von 700 Millionen Euro pro Jahr verstetigt werden. Weiter soll die Bundesregierung unter anderem sicherstellen, dass die Entwicklung und Vermarktung von Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Standort-

kommunen erfolgt und die freierwerdenden ökologisch besonders wertvollen Flächen zu schützen und zu erhalten. Flächen, bei denen die Berräumung von militärischen Altlasten gegenwärtig nicht finanzierbar ist, sollen als Wildnisfläche zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Strukturreform der Bundeswehr und das Standortkonzept sollen 31 Standorte aufgegeben und 90 Standorte reduziert werden, heißt es in der Begründung. Die betroffenen Kommunen seien über die rein wirtschaftlichen Auswirkungen der Schließungen hinaus mit Konversionslasten konfrontiert, die ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigen würden. Bisher habe die Bundesregierung kein tragfähiges Konzept vorgelegt, um den betroffenen Kommunen bei der Bewältigung dieser Lasten zu helfen. *mik*

»Mit Dänemark neu verhandeln«

VERKEHR UND BAU Die Bundesregierung soll die Pläne für die Feste Fehmarnbeltquerung überprüfen und einen Ausstieg aus dem Staatsvertrag mit dem Königreich Dänemark verhandeln. Dies fordern die Fraktion Die Linke und auch Bündnis 90/Die Grünen in Anträgen (17/8912, 17/9407), die am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurden. Deshalb soll die Regierung unter anderem das „Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung“ mit allen notwendigen Planungsmitteln ausstatten, um das Raumordnungs- und Planungsstellungsverfahren zu dem geplanten Bau einer festen Querung für den Fehmarnbelt unter demokratischer Beteiligung kritisch begleiten zu können, fordert die Linksfraktion. Außerdem soll eine ergebnisoffene Neubewertung des Projekts und seiner Hinterlandanbin-

dung einschließlich der Prüfung der Umweltverträglichkeit und der Sozialverträglichkeit vorgenommen werden, heißt es bei beiden Fraktionen. Sollte sich dabei eine signifikant veränderte Bewertung der ursprünglichen Annahmen ergeben, soll die Bundesregierung mit der dänischen Regierung über einen Ausstieg aus dem Projekt verhandeln.

Falls diese Vertragsverhandlungen nicht erfolgreich seien, soll die Regierung laut den Linken dafür sorgen, dass der Güterverkehr weiterhin auf der Jütlandroute bleibt und nicht durch die touristischen Orte der Bädertrasse in Ostholstein geführt wird. Die Grünen weisen auch darauf hin, dass unter anderem der Bundesrechnungshof in mehreren Stellungnahmen auf die signifikant veränderten ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen hingewiesen habe. *mik*

Problem Straßenlärm

VERKEHR Oppositionsantrag zu Schutzmaßnahmen abgelehnt

Beim Schutz vor Straßen- und Schienenlärm bleibt vorerst alles beim alten. Der Bundestag lehnte am vergangenen Freitag zwei Anträge der SPD-Fraktion (17/5461, 17/6452) sowie einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/4652) auf Beschussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (17/9257) ab. In den Anträgen ging es um einen verbesserten Schutz der Menschen vor dem Lärm von Zügen und Autos. So forderte die SPD die Bundesregierung unter anderem auf, das nationale Verkehrslärmschutzprojekt II „zügig und mit Nachdruck“ umzusetzen. Ziel müsse es sein, die von der Lärmwirkungsforschung aufgezeigten gesundheitlichen Auswirkungen von Verkehrslärm deutlicher zu kommunizieren. Weiter sollte die Bundesregierung ein wirksames Lärmschutzgesetz vorlegen, das die Lärmschutzvorschriften des Bundes harmonisiert und übersichtlich darstellt. Grundsätzlich sollte das Verursacherprinzip

stärker angewendet werden, um diejenigen zu entlasten, die Lärm erzeugen, und diejenigen zu schützen, die davon betroffen seien. Die Kosten des Lärmschutzes sollten daher vorrangig auf die Verursacher umgelegt werden.

Investitionen erhöhen Die Investitionen in die Lärmschutzforschung im Bereich der Entwicklung lärmärmer Fahrzeuge für Straße oder Schiene sowie der Fahrwege sollten intensiviert und verstetigt werden. Die im Rahmen des Pilotprojektes „Leiser Rhein“ vorgesehene Umrüstung von bis zu 5.000 Güterwagen dürfe nicht als „Feigenblatt“ missbraucht werden. Die Fraktion fordert von der Regierung, umgehend zu prüfen, wie eine zügige Umrüstung der übrigen 150.000 in Deutschland gemeldeten Güterwagen bis 2020 abgeschlossen werden kann. Außerdem forderte die Fraktion eine Erhöhung der für den Schienenverkehr Lärmsanierungsmittel.

Die Grünen forderten von der Bundesregierung unter anderem, den sogenannten Schienenbonus abzuschaffen und auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse neue gesetzliche Regelungen und Grenzwerte für Lärmsanierung im Schienenverkehr zu schaffen. Weiter sollte die DB Netz AG veranlasst werden, die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen und lärmabhängige Transportpreise einzuführen. Schließlich sollte das Lärmsanierungsprogramm des Bundes aufgestockt werden. *mik*



Lärmschutzwände sollen die Anwohner schützen.



Wiedersehen nach einem Jahr: Bundestagspräsident Norbert Lammert und die Vorsitzende des Seimas, Irena Degutiene

»Eine Frage der Gerechtigkeit«

LITAUEN Die Parlamentspräsidentin Irena Degutiene über die Situation in der Ukraine und die Geduld mit den Nachbarn im Osten

Energieversorgung, die Zukunft der Gemeinschaftswährung, das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn der Europäischen Union: Das waren Themen, die im vergangenen Jahr beim Besuch von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bei seiner litauischen Amtskollegin Irena Degutiene im Mittelpunkt standen. In Deutschland diskutierte man damals unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima den Ausstieg aus der Atomenergie – was in Litauen für Erstaunen sorgte, plant man hier doch den Wiedereinstieg. Heute, ein Jahr später, nehmen die Pläne für ein eigenes AKW konkrete Gestalt an. Das zeigte sich auch beim Besuch Degutiens bei Lammert in Berlin vergangene Woche. „Das Parlament“ sprach mit der Präsidentin des litauischen Parlaments über die von vielen ihrer Landsleute so wichtig empfundene Energieunabhängigkeit von Russland, über den Euro und über die Frage, wie Europa mit dem Lukaschenko-Regime in Weißrussland und mit der Ukraine umgehen sollte.

Frau Präsidentin, in vielen Ländern Europas mehrten sich in den vergangenen Monaten Stimmen, die für einen raschen Ausstieg aus dem Euro plädierten. Ihr Land möchte möglichst schnell Mitglied der Eurozone werden. Warum?
Wir haben diesen Wunsch immer gehabt, und dabei bleibt es auch. Um unsere Wirt-

schaft zu entwickeln, brauchen wir eine einheitliche Währung in Europa. Obwohl wir noch nicht in der Euro-Zone sind, haben wir unsere Währung de facto bereits an den Euro gebunden. Also: Wir streben danach, der Euro-Zone beizutreten.

„Bleibt es auch beim Zeitplan? Wird Litauen den Euro 2014 einführen?“

Ja, unser Ziel bleibt 2014. In der Krise haben wir strenge Sparmaßnahmen eingehalten. Im Vergleich zu anderen Ländern sind wir relativ stabil. Und: Litauen gehört zu den wenigen Ländern in Europa, deren Wirtschaft stark wächst.

Litauen hat seit seiner Unabhängigkeit sehr stark auf einen „schlanken Staat“ gesetzt: niedrige Steuern, eine geringe Staatsquote, wenig Umverteilung, niedrige Löhne. Ist dieses Modell durch die Finanzkrise in Frage gestellt worden?

Es hat sich bewährt, um das Staatsdefizit in den Griff zu kriegen. Es gab zwei Möglichkeiten: entweder die Einnahmen vergrößern oder die Ausgaben verringern. Wenn es aber keine Möglichkeit gibt, die Einnahmen zu erhöhen, muss gespart werden. Und das

haben wir gemacht. Deswegen wurden beispielsweise die Renten eingefroren. Mittlerweile haben wir die Renten aber wieder erhöhen können und auch der Mindestlohn wird ab Juli dieses Jahres wieder angehoben. Ich bin den Litauern wirklich sehr dankbar, dass sie das ohne große Proteste oder Streiks mitgemacht haben. Übrigens wurden die Diäten der Parlamentarier auch um 40 Prozent gekürzt.

Wie sollte Europa mit dem Regime Lukaschenko in Ihrem Nachbarland Weißrussland umgehen? Eher mit der Peitsche, also mit Sanktionen, oder mit dem Zuckerbrot der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft?

Es gibt keine eindeutige Antwort. Bei strengen Sanktionen besteht die Gefahr, dass das Volk und nicht die Regierung darunter leidet. Das könnte dann dazu führen, dass Weißrussland sich noch stärker nach Osten orientiert. Die demokratischen Kräfte im Land werden dann keine Chance mehr haben, ihre Ziele zu erreichen. Trotzdem müssen Lukaschenko Grenzen aufgezeigt werden. Das ist eine Gratwanderung und eine sehr langwierige und komplizierte Arbeit.

Litauen und ganz Europa sind gut beraten, diesen Prozess nicht mit Ungeduld zu gefährden.

Litauen plant gemeinsam mit Lettland und Estland den Bau eines Atomkraftwerkes. Wie hat Litauen den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie wahrgenommen?

Die Situationen in Deutschland und in Litauen sind völlig unterschiedlich. Wir sind von Strom aus Russland abhängig. 60 Prozent unseres Bedarfs kaufen wir dort ein. Ähnlich ist es mit der Gasversorgung. Um also auf Dauer auf dem Energiesektor unabhängig zu werden, müssen wir unsere eigenen Kapazitäten ausbauen. Dazu gibt es keine Alternative. In Deutschland ist die Situation hingegen grundlegend anders. Dort kann nach Bedarf Energie aus anderen Ländern zugekauft werden. Wir haben allerdings auch vor, alternative, erneuerbare Energien zu nutzen. Vielleicht ist Litauen dann eines Tages bei der Energiegewinnung so unabhängig, dass wir auch über einen Atomausstieg nachdenken können. Das wird aber sicher noch einige Jahrzehnte dauern. Und bis dahin brauchen wir Kernenergie.

Russland ist nach wie vor Litauens größter Handelspartner, durch Ihr Land geht ein Großteil des Transitverkehrs in die russische Exklave Kaliningrad. Wie sind die aktuellen Beziehungen zu Moskau?

Unsere wirtschaftlichen Beziehungen sind geregelt, wir haben viele Kontakte zu Russland und wollen, dass unsere Unternehmen dort erfolgreich Geschäfte machen.

Besonders auch mit Blick auf die Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine wird über die Inhaftierung der Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko diskutiert. Wie sehen Sie die Entwicklung in der Ukraine?

Es ist schade, dass die Entwicklung in der Ukraine so eine Wende genommen hat. Durch die Inhaftierung von Frau Timoschenko hat die Opposition des Landes einen heftigen Schlag erlitten. Litauen versucht, über Gespräche, auch auf präsidialer Ebene, die demokratische Entwicklung des Landes voranzutreiben. Außerdem gibt es eine parlamentarische Versammlung mit Vertretern aus Litauen, Polen und der Ukraine. Die Entwicklung im Fall Timoschenko ist sehr besorgniserregend. Die Ukraine hat sich damit selbst ein großes Pro-

blem geschaffen. Wir dürfen das Land aber nicht isolieren und nach Osten drängen. Wir stehen übrigens auch in Kontakt mit der Opposition in der Ukraine und werden den Fall Timoschenko nicht ruhen lassen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Das Interview führten Jörg Biallas und Alexander Heinrich

»Litauen gehört zu den wenigen Ländern in Europa, deren Wirtschaft stark wächst.«

»Wir stehen in Kontakt mit der Opposition und werden den Fall Timoschenko nicht ruhen lassen.«

ZUR PERSON

IRENA DEGUTIENE

- > **Parlamentspräsidentin** 2009 wurde Irena Degutiene zur Vorsitzenden des Seimas, des litauischen Parlaments, gewählt.
- > **Einstieg in die Politik** Die frühere Chefärztin eines Krankenhauses in Vilnius wurde 1994 zunächst Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und war von 1996 bis 2000 Ministerin für Arbeit und Soziales. 1999 führte sie zweimal übergangsweise die Amtsgeschäfte des Ministerpräsidenten.
- > **Fraktion** Von 2004 bis 2008 war Degutiene Fraktionsvorsitzende der konservativen „Vaterlandsunion“. Sie ist seit 1996 Mitglied des Seimas.

Einstieg nach dem Ausstieg

BALTIKUM Mit einem gemeinsamen Atomkraftwerk wollen sich Litauen, Lettland und Estland unabhängig von russischem Öl und Gas machen. Hinter dem Projekt stehen noch einige Fragezeichen

Eine der Hauptverkehrsadern in Visaginas heißt Energiestraße. Andere Verkehrswege sind dem Frieden, der Freundschaft, der Jugend gewidmet. Sogar eine Tarybu Gatve, eine Sowjet-Straße, gibt es. Heute noch. Visaginas entstand 1975 erst am Reißbrett und dann im damals sowjetischen Litauen, um die Arbeiter zu beherbergen, die hier ein Atomkraftwerk bauten. Später wohnten die Handwerker, Mechaniker und Ingenieure hier, die es betrieben. Auch nach der Hoffnung ist eine Straße benannt. Die richtet sich in der 28.000-Einwohner-Stadt Visaginas heute wieder einmal auf den Neubau eines Atomkraftwerks. Das alte, es heißt Ignalina nach dem Landkreis, in dem es liegt, musste Litauen abschalten, um der Europäischen Union beizutreten zu dürfen. Die beiden Blöcke, bei ihrer Inbetriebnahme 1983 und 1987 die leistungsstärksten Reaktoren der Welt, waren vom gleichen Typ wie das 1986 havarierte Kraftwerk im ukrainischen Tschernobyl.

Folgenloses Referendum Viele in Litauen empfanden die Stilllegung als Diktat aus Brüssel. Das Land hatte den weltweit größten Atomstromanteil, deckte bis zu 90 Prozent des Bedarfs aus dieser Energiequelle und exportierte Strom in die Nachbarländer. In einem Referendum sprachen sich 89 Prozent dafür aus, das Kraftwerk weiter zu betreiben. Allerdings lag die Beteiligung unter 50 Prozent; die Abstimmung war ungültig.

2005 ging in Ignalina der erste, 2009 der zweite Block vom Netz. Die EU pumpt seit Jahren hunderte Millionen Euro in die Region, um die Kosten der Stilllegung und deren Folgen abzumildern. Noch halten Techniker die Pumpen, Ventile und Apparaturen in Gang, überwachen die Kühlung und arbeiten an der Demontage der Anlage. Andere sind arbeitslos. Visaginas liegt am Rande des Aukstaitija-Nationalparks, in einer sanft hügeligen Landschaft mit vielen Seen. Der Tourismus bietet Zukunftsperspektiven, aber dafür ist die Arbeiterstadt nicht gebaut. Viele Bewohner stammen aus fernen Winkeln des einstigen Sowjetreiches, manche sprechen bis heute kein Litauisch. Schon lange gibt es Pläne für einen neuen Meiler gleich neben dem alten. Ende März hat der konservative Ministerpräsident Andrius Kubilius einen Rahmenvertrag mit dem japanischen Hitachi-Konzern unterzeichnet. Rund fünf Milliarden Euro soll das Kraftwerk kosten, 1.300 Megawatt liefern und

2020 fertig sein. Lettland und Estland wollen sich beteiligen. Ob das AKW wirtschaftlich wäre, ist fraglich: Russland plant in seiner Exklave Kaliningrad (Königsberg) ein eigenes Kraftwerk, Weißrussland will mit Unterstützung aus Moskau einen Reaktor in Ostrowez

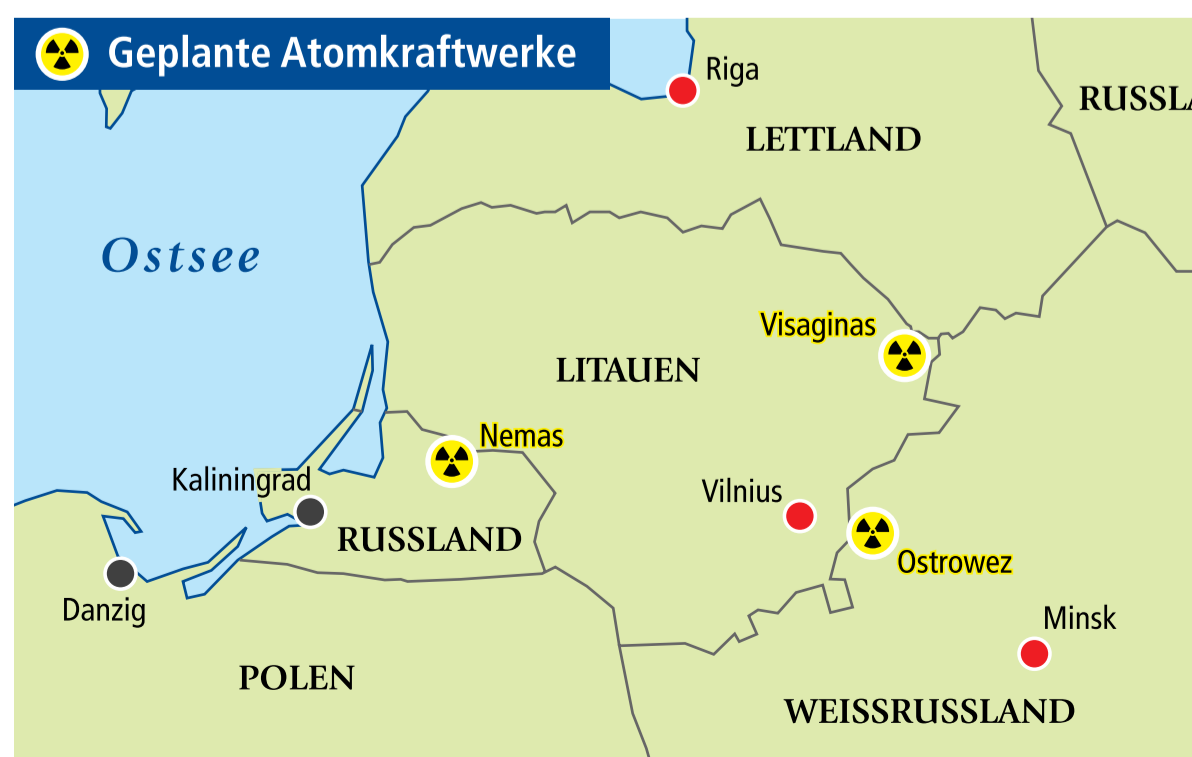
ganz in der Nähe der litauischen Grenze bauen, und auch Polen hegt Atompläne. So viel Strom braucht die Region nicht. Lange fand sich kein Interessent für den Neubau in Visaginas. Eine koreanische Firma sprang wieder ab: Druck aus Moskau, raunte es in den baltischen Hauptstädten.

Die Angst vor Russland ist die Triebfeder für die baltische Energiepolitik. Russisches Gas und Öl decken den Energiebedarf fast komplett. Dass Moskau seine Lieferungen gern als politisches Druckmittel nutzt, macht vielen Angst. Politiker sprechen gern von „Energieunabhängigkeit“, wo Westeuropäer „Energiesicherheit“ sagen würden. Unabhängigkeit, das ist für die Balten ein aufgeladener Begriff, die Jahrhunderte in Abhängigkeit erst vom zaristischen Russland und dann von der Sowjetunion verbrachten. Die Kooperation bei Energieprojekten wie dem geplanten Atomkraftwerk, neuen Stromtrassen oder einer gemeinsamen Schaltzentrale für das baltische Stromnetz in der Nähe von Riga ist ungewohnt für die Nachbarn. Sie haben viel weniger miteinander zu tun, als man in Westeuropa meint. Ein „Baltikum“ als Einheit gibt es nicht. Unterschiede sind tief verwurzelt: Litauer und Letten sprechen zwar verwandte Sprachen, doch die einen sind tief katholisch, die anderen Protestanten. Die Esten sprechen eine dem Finni-

schen verwandte Sprache und fühlen sich auch sonst den nördlichen Nachbarn jenseits des Meeres näher als den beiden anderen ehemaligen Sowjetrepubliken.

Absichtserklärung Die Beteiligung der Nachbarstaaten am Atomkraftwerk ist auch noch lange nicht sicher. Eine Absichtserklärung gibt es zwar, aber sie macht die eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Bedingung. Die richten die Letten gerade voll auf das Ziel, die Rettungskredite aus der Finanzkrise zurückzahlen, um 2014 die Kriterien für den Euro zu erfüllen. Und in Estland schießt mancher Politiker eher nach Skandinavien oder regt an, doch auf einer Ostseeinsel ein eigenes AKW zu bauen. Vor einem endgültigen Vertrag mit Hitachi, der im Juni unterzeichnet werden soll, muss der Seimas, das Parlament in Vilnius, den Bedingungen zustimmen. Ein Referendum ist Stromnetz in der Nähe von Riga ist ungewohnt für die Nachbarn. Sie haben viel weniger miteinander zu tun, als man in Westeuropa meint. Ein „Baltikum“ als Einheit gibt es nicht. Unterschiede sind tief verwurzelt: Litauer und Letten sprechen zwar verwandte Sprachen, doch die einen sind tief katholisch, die anderen Protestanten. Die Esten sprechen eine dem Finni-

Der Autor ist Redakteur der „Frankfurter Rundschau“ und berichtet regelmäßig aus den baltischen Ländern.





Das griechische Parlament am Athener Syntagma-Platz. Bis zu zehn Parteien dürften nach dem 6. Mai hier einziehen, nur wenige stehen konsequent für einen Verbleib im Euro.

Radikalkur erst nach der Wahl

SERBIEN Mit der Neuwahl des Parlaments und des Staatspräsidenten stellt Serbien am 6. Mai die Weichen für seine Zukunft. Zwar sagen alle Umfragen der oppositionellen rechten „Fortschrittspartei“ (SNS) des einstigen Nationalisten Tomislav Nikolic einen knappen Sieg voraus. Doch die von den sozialliberalen „Demokraten“ (DS) des bisherigen Staatschefs Boris Tadic geführte Regierungskoalition dürfte dennoch weitermachen. Nikolic hat praktisch keine Koalitionspartner und kann damit auch keine Mehrheit zur Regierungsbildung zusammenbringen. Die Präsidentenwahl sieht dagegen ein knappes Rennen zwischen diesen beiden Spitzenpolitikern. Mit seinem Rücktritt Anfang April hatte Tadic den Weg für die vorgezogene Wahl für das höchste Staatsamt freigemacht – in der Hoffnung, damit die Chancen für die DS bei der parallel stattfindenden Parlamentswahl zu vergrößern. Die SNS liegt in den meisten Umfragen bei 27 Prozent Zustimmung, gefolgt von der DS mit 24 Prozent. Dritter dürften danach die Sozialisten (SPS) unter dem heutigen Innenminister Ivica Dacic werden, denen 13 Prozent vorausgesagt werden. Der einstige Sprecher des im UN-Kriegsverbrechertribunal gestorbenen Autokraten Slobodan Milosevic will zum Regierungschef aufsteigen. Seine Chancen stehen gut, denn ohne das von der SPS geführte Parteienbündnis kann die DS keine Regierungsmehrheit bilden. Die nationalistische „Serbische Radikale Partei“, als einzige dezidiert antieruropäisch, wird auf Werte zwischen fünf und zehn Prozent geschätzt. Die Bürger sind von der DS, die seit zwölf Jahren die Politik bestimmt, bitter enttäuscht. Es herrscht Rekordarbeitslosigkeit, die Staatsverschuldung läuft aus dem Ruder, die heimische Währung Dinar ist seit langem auf Talfahrt, die Industrie wurde durch eine Privatisierung zugunsten von wenigen Oligarchen praktisch zerstört. Tausende kleine Betriebe stehen vor dem Bankrott. Der Belgrader Wirtschaftsprofessor Miroslav Prokopijevic hat denn auch „das Ende der sü-

Der große Widerspruch

PARLAMENTSWAHL Die Griechen wollen den Euro, aber nicht die Parteien, die ihn garantieren

In einem Punkt sind sich die Kontrahenten einig: Die griechischen Parlamentswahl am 6. Mai ist eine Abstimmung über die europäische Zukunft des Landes. Allen Umfragen zufolge werden acht bis zehn Parteien ins Parlament einziehen, ohne dass sich auch nur entfernt eine Regierungsmehrheit für eine von ihnen andeutet. Inwieweit eine künftige Koalition erfolgreich sein kann, wird vor allem vom Konsens über die Fortführung des Sanierungskurses abhängen. Als dessen Garanten erscheinen nach wie vor die beiden bisher großen Volksparteien, die sozialdemokratische Pasok und die konservative Nea Dimokratia. Sie sind die Pole eines politischen Systems, das Griechenland in die Krise geführt hat. Geschwächt werden sie nun von Abtrünnigen, die die Gegner der Sparauflagen von den Kreditgebern EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) um sich versammeln.

„Soziale Übereinkunft“ eine sozialistische. Die „Unabhängigen Bürger“ hatte der ultrakonservative Panos Kammenos gegründet, nachdem er aus der Nea Dimokratia geworfen wurde, weil er einen EU-Kreditvertrag nicht mittragen wollte. Ähnlich erging es der ehemaligen Pasok-Ministerin Luka Katseli, nun Vorsitzende der „Sozialen Übereinkunft“. Während sie kaum Chancen hat, Sitze im Parlament zu bekommen, bescheinigen Umfragen Kammenos Stimmenanteile bis zu zehn Prozent. Seine „Unabhängigen Bürger“ vertreten die Ansicht, auch ohne Kredite und europäische Perspektive und wenn es sein muss auch ohne Euro aus der Krise finden zu können. Am Tag der Parteigründung der „Unabhängigen Bürger“ besuchte Kammenos demonstrativ das Dorf Distomo, wo deutsche Truppen 1944 ein furchtbares Massaker angerichtet hatten. Der Ton an den politischen Rändern wird rauher. Die „Goldene Morgenröte“, eine Schlägerformation griechischer Rechtsextremer, die bisher kaum ein halbes Prozent zusammenbekam, dürfte erstmals bequem die Drei-Prozent-Hürde ins Parlament nehmen. Von ihren Methoden gaben Mitglieder der „Goldenen Morgenröte“ bereits im Wahl-

kampf einen Vorgeschmack, als sie Pasok-Politiker mit Wasserkaraffen und Gläsern bewarfen und heftig beschimpften. Gem gebärden sie sich auch als „Bürgerwehr“ gegen krisenbedingt steigende Kriminalität und illegale Einwanderer – und haben mit ihrer Strategie diese Probleme zum zweiten großen Wahlkampfthema gemacht. **Alternative** Die Kommunisten, die bis heute dem Stalinismus nicht abgeschworen haben und die ehemaligen Eurokommunisten der Radikalen Linksallianz Syriza waren von Anfang an gegen Hilfskredite und Sparmaßnahmen, auch wenn das den Austritt aus dem Euro bedeuten würde. Sie konnten mit dieser Position kräftig zulegen und kommen nach Meinungsumfragen auf Stimmenanteile von jeweils über zehn Prozent. Vielen nicht ganz so radikalen enttäuschten Pasok-Wählern bietet sich die „Demokratische Linke“ von Fotis Kouvelis als Alternative an. Der ehemalige Syriza-Funktionär will an der europäischen Perspektive festhalten, aber die Sparziele neu verhandeln. Er könnte sechs bis neun Prozent der Stimmen bekommen – und damit zu einem Koalitionspartner der Kräfte werden, die das Land angesichts des weiterhin drohenden Staatsbankrotts überhaupt noch als regierbar erscheinen lassen. Das sind nach wie vor die Pasok und die Nea Dimokratia. Noch im Oktober 2009 war Pasok mit absoluter Mehrheit mit der Regierung unter Georgios Papandreou angetreten. Wie er wird auch dessen Nachfolger Evangelos Venizelos aber nun dafür verantwort-

gemacht, durch die Unterzeichnung der Kreditverträge und den damit einhergehenden Auflagen den Lebensstandard der Griechen über Nacht um 30 Prozent gesenkt, das Land in eine anhaltende Rezession gestürzt zu haben. Den Umfragen zufolge kann Pasok mit nicht mehr als 17 Prozent rechnen. Venizelos versucht, aus seiner Amtszeit als Finanzminister im vergangenen Jahr politisches Kapital zu schlagen. Schließlich habe er sich auf europäischem Parkett Ansehen verschafft, Erfahrungen in den Verhandlungen gewonnen und er sei derjenige, der durch eine Fortführung des Sparkurses dafür sorgen könne, dass die bisherigen Opfer nicht vergebens blieben. Venizelos versucht die Griechen zu überzeugen, ihm doch noch einen Vorsprung vor seinem Gegenspieler Samaras einzuräumen, um Verhandlungen für eine Koalition einleiten zu können, die den europäischen Kurs des Landes garantiert.

handlungen demonstrativ der Pasok überlassen, um nicht für den Sparkurs verantwortlich gemacht zu werden. Dennoch ist auch die Nea Dimokratia in der Gunst ihrer Wähler gefallen und wird mit vorausgesagten 20 bis 25 Prozent nicht allein regieren können. Samaras betreibt seinen Wahlkampf dennoch mit genau diesem Ziel und verspricht, die Verträge mit den Kreditgebern zumindest besser verhandeln zu können. Doch die Spielräume dafür sind mehr als eng. Zuletzt kündigte Samaras großzügige Entlastungen an: Der Spitzensteuersatz solle von 45 auf 32 Prozent gesenkt und die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent von derzeit 23 Prozent reduziert werden. Zusätzlich will seine Partei den Verkauf von Staatseigentum vorantreiben: „Alles, was privatisiert werden kann, wird privatisiert“, sagte Samaras. Die Krise hat die griechische Parteienlandschaft radikalisiert. Doch so sehr die Griechen auch das alte Politsystem abstrafen wollen, so sehr wünschen sie sich andererseits Stabilität. Drei von vier Wählern wollen einen Verbleib im Euro und das wird unter den gegebenen Umständen wohl eine Fortführung der „Großen Koalition“ von Nea Dimokratia und Pasok bedeuten müssen. Wenn es nicht gelingt, die europäische Orientierung hochzuhalten, wenn aggressive und extreme Ideen sich durchsetzen, werde sich Griechenland in ein Ruinenfeld der Einzelinteressen verwandeln, warnte jüngst die Zeitung To Vima. **Corinna Jessen, Athen**



Tomislav Nikolic (links), Boris Tadic

ßen Träume“ nach den Wahlen vorausgesagt. „Serbien ist ein Schwerkranker“, dem nur noch eine radikale Kur helfen könne: 40 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst müssten entlassen werden, Staatseigentum müsse schnell verkauft und die Renten sollten eingefroren werden. Die Mehrwertsteuer dürfte kräftig steigen. Doch die Regierungsparteien malen vor den Wahlen die Zukunft des Landes in den rosigsten Farben. Ölschiefer bei der Stadt Aleksinac sollen Serbien zum „neuen Saudi Arabien“ machen, heißt es aus dem Energieministerium. Angekündigt wurde außerdem die Ausgabe kostenloser Aktien der staatlichen Telekom an die Wähler. Dieses Wahlgeschenk macht mit 20 Prozent des Aktienkapitals immerhin 460 Millionen Euro aus. Die neue alte Regierung dürfte in einer für sie harten Wirklichkeit aufwachen. **Thomas Brey, Belgrad**

Die Autorin ist freie Korrespondentin. Der Autor ist dpa-Korrespondent.



»Alles, was privatisiert werden kann, wird privatisiert.«
Antonis Samaras
(Nea Dimokratia)

Populisten EU und IWF verfolgen den Zerfall des griechischen Politsystems mit der Angst, nach den Wahlen keine verlässlichen Ansprechpartner mehr zu haben. Unter den Parteien, die es diesmal ins Parlament schaffen können, sind teils extrem populistische Gruppierungen. „Unabhängige Bürger“ nennt sich eine rechtsorientierte Bewegung,

den Kronanwalt John Nutting gut vernetzt zu nennen ist eine Unterbreitung. Der Adelige hat vor Gericht gelegentlich die Interessen der Queen vertreten, auch Spitzenpolitiker vertrauen sich ihm an. Natürlich ist einer wie Nutting beiden aussichtsreichen Kandidaten für den einflussreichen Posten des Londoner Bürgermeisters persönlich begegnet und kann sich deshalb ein persönliches Urteil erlauben. Warum er nicht für den Sozialdemokraten Ken Livingstone stimmt, sondern für den Konservativen Boris Johnson, begründet Nutting so: „Weil ich glaube, dass Boris lediglich exzentrisch ist, während Ken ziemlich verrückt ist.“ Was vor Gericht eine Rüge zur Folge hätte, gilt im Schlagabtausch vor der Londoner Kommunalwahl am kommenden Donnerstag als ganz normal. Die politisch Interessierten unter den acht Millionen Hauptstädtern sprechen mit wenig Begeisterung über die beiden Kandidaten. Amtsinhaber Johnson, 47, feiert den neuen Routemaster-Bus, einen Doppeldecker mit Schaffner und offener Plattform zum Aufspringen zwischen Bushaltestellen, als wichtige Großtat: preisgünstig, innovativ, sparsam im Verbrauch, mutig – so wie seine erste Amtszeit. Im Augenblick tourt der Konservative durch die Säle der Stadt, einen alten Bekannten stets an seiner Seite: Ken Livingstone, 66, der

vor Johnson acht Jahre lang im Rathaus an der Themse regierte. Mal vor Rentnern, mal vor kirchlich Engagierten, mal vor Bankern im Finanzzentrum City of London streiten sich die beiden Charismatiker über die Zukunft der Weltstadt, die 2012 Austragungsort der Olympischen Spiele ist. Am Donnerstag gehe es um eine „historische Wahl“ für die Londoner, behauptet Johnson und skizziert seine Pläne für mehr Sozialwohnungen und Verkehrssicherheit, während er die „Verschwendungsucht“ seines Vorgängers kritisiert. Livingstone hingegen prangert die massiv gestiegenen Preise im öffentlichen Nahverkehr an und verspricht den Londonern „durchschnittliche Einsparungen von 1.000 Pfund“, umgerechnet 1.200 Euro pro Jahr. Das Pointen-Feuwerk der beiden Allein-Unterhalter – beide waren früher gern gesehene Gäste in TV-Shows – täuscht darüber hinweg, wie wenig der Repräsentant der größten Stadt Europas eigentlich zu sagen hat. Wirklich zuständig ist der Bürgermeister nur für den öffentlichen Nahverkehr und die Stadtplanung; deren Umsetzung liegt weitgehend in der Hand der 33 Bezirke. Die Verantwortung für die Metropolitan Police teilt sich Johnson wegen deren nationaler Zuständigkeit für Terrorismus mit der Innenministerin der britischen Regierung.

Dennoch gilt das erst 2000 erstmals besetzte Amt des direkt gewählten Bürgermeisters als Erfolgsgeschichte in einem Land, dessen Kommunalregierungen seit Jahrzehnten ein Mauerblümchen-Dasein fristen. Bei Referenden sollen die Bewohner großer Städte wie Birmingham, Manchester und Newcastle am Donnerstag darüber entscheiden, ob auch dort das Stadtoberhaupt vom Volk gewählt werden soll, statt wie bisher aus der Mitte des Rates. Viele Befürworter führen London als positives Beispiel an: Dort habe die Stadt wenigstens ein Gesicht. Mag es auch exzentrisch sein – oder sogar verrückt. **Sebastian Berger, London**

Der Autor ist freier Korrespondent unter anderem für die „Financial Times Deutschland“.

Exzentriker-Duell an der Themse

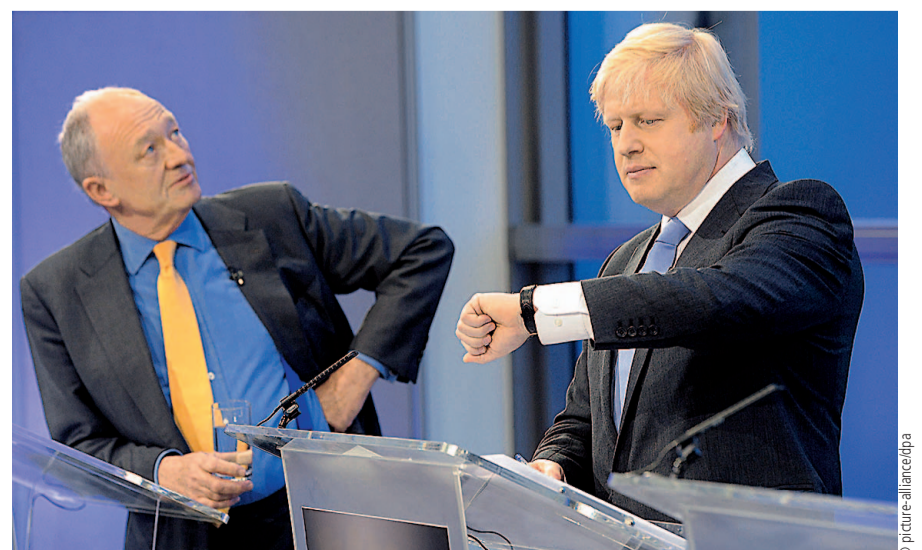
LONDON Bürgermeister Boris Johnson kämpft gegen seinen Vorgänger Ken Livingstone um das Rathaus

Den Kronanwalt John Nutting gut vernetzt zu nennen ist eine Unterbreitung. Der Adelige hat vor Gericht gelegentlich die Interessen der Queen vertreten, auch Spitzenpolitiker vertrauen sich ihm an. Natürlich ist einer wie Nutting beiden aussichtsreichen Kandidaten für den einflussreichen Posten des Londoner Bürgermeisters persönlich begegnet und kann sich deshalb ein persönliches Urteil erlauben. Warum er nicht für den Sozialdemokraten Ken Livingstone stimmt, sondern für den Konservativen Boris Johnson, begründet Nutting so: „Weil ich glaube, dass Boris lediglich exzentrisch ist, während Ken ziemlich verrückt ist.“ Was vor Gericht eine Rüge zur Folge hätte, gilt im Schlagabtausch vor der Londoner Kommunalwahl am kommenden Donnerstag als ganz normal. Die politisch Interessierten unter den acht Millionen Hauptstädtern sprechen mit wenig Begeisterung über die beiden Kandidaten. Amtsinhaber Johnson, 47, feiert den neuen Routemaster-Bus, einen Doppeldecker mit Schaffner und offener Plattform zum Aufspringen zwischen Bushaltestellen, als wichtige Großtat: preisgünstig, innovativ, sparsam im Verbrauch, mutig – so wie seine erste Amtszeit. Im Augenblick tourt der Konservative durch die Säle der Stadt, einen alten Bekannten stets an seiner Seite: Ken Livingstone, 66, der

vor Johnson acht Jahre lang im Rathaus an der Themse regierte. Mal vor Rentnern, mal vor kirchlich Engagierten, mal vor Bankern im Finanzzentrum City of London streiten sich die beiden Charismatiker über die Zukunft der Weltstadt, die 2012 Austragungsort der Olympischen Spiele ist. Am Donnerstag gehe es um eine „historische Wahl“ für die Londoner, behauptet Johnson und skizziert seine Pläne für mehr Sozialwohnungen und Verkehrssicherheit, während er die „Verschwendungsucht“ seines Vorgängers kritisiert. Livingstone hingegen prangert die massiv gestiegenen Preise im öffentlichen Nahverkehr an und verspricht den Londonern „durchschnittliche Einsparungen von 1.000 Pfund“, umgerechnet 1.200 Euro pro Jahr. Das Pointen-Feuwerk der beiden Allein-Unterhalter – beide waren früher gern gesehene Gäste in TV-Shows – täuscht darüber hinweg, wie wenig der Repräsentant der größten Stadt Europas eigentlich zu sagen hat. Wirklich zuständig ist der Bürgermeister nur für den öffentlichen Nahverkehr und die Stadtplanung; deren Umsetzung liegt weitgehend in der Hand der 33 Bezirke. Die Verantwortung für die Metropolitan Police teilt sich Johnson wegen deren nationaler Zuständigkeit für Terrorismus mit der Innenministerin der britischen Regierung.

Dennoch gilt das erst 2000 erstmals besetzte Amt des direkt gewählten Bürgermeisters als Erfolgsgeschichte in einem Land, dessen Kommunalregierungen seit Jahrzehnten ein Mauerblümchen-Dasein fristen. Bei Referenden sollen die Bewohner großer Städte wie Birmingham, Manchester und Newcastle am Donnerstag darüber entscheiden, ob auch dort das Stadtoberhaupt vom Volk gewählt werden soll, statt wie bisher aus der Mitte des Rates. Viele Befürworter führen London als positives Beispiel an: Dort habe die Stadt wenigstens ein Gesicht. Mag es auch exzentrisch sein – oder sogar verrückt. **Sebastian Berger, London**

Der Autor ist freier Korrespondent unter anderem für die „Financial Times Deutschland“.



Ken Livingstone (links) und Boris Johnson vor Beginn einer Live-Debatte im Fernsehen

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Das Parlament
Die Ware Wissen

Thema: Zukunft des Wissens im digitalen Zeitalter

WICHTIGES MASCHINE
Wie wir im digitalen Zeitalter leben und arbeiten
In der digitalen Welt: Was bedeutet das?
Seite 10

WICHTIGES MASCHINE
Wie wir im digitalen Zeitalter leben und arbeiten
In der digitalen Welt: Was bedeutet das?
Seite 10

WICHTIGES MASCHINE
Wie wir im digitalen Zeitalter leben und arbeiten
In der digitalen Welt: Was bedeutet das?
Seite 10

Straßburg bleibt mächtig

MENSCHENRECHTE Das Palais de l'Europe ist ein Hort der Diplomatie, gegen Verlierer tritt man nicht nach. Jean-Claude Mignon als Präsident des Europaratsparlaments verkniff sich bei dessen Frühjahrssitzung vergangene Woche jede triumphale Geste gegenüber der britischen Regierung, als er den unmittelbar zuvor gescheiterten Versuch Londons kommentierte, die Macht des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofs zu beschneiden. Eine neue Erfahrung: Ausgerechnet ein Land, das den Vorsitz beim Europarat innehat, versuchte den Staatenbund zu schwächen. Genau dies wollte der britische Premier David Cameron unter dem Druck des rechten Tory-Flügels und der Boulevardpresse erreichen. Immer wieder kocht auf der Insel Empörung hoch, weil sich die Europaratsrichter angeblich zu massiv in innere Belange Großbritanniens einmischen – wenn sie sich etwa bei Abschiebungen von „Hasspredigern“ querlegen oder London verpflichten, Häftlingen das Wahlrecht zu gewähren. Mehrere Maßnahmen sollten den Straßburger Einfluss zurückdrängen. So sollte sich der Gerichtshof auf „wirklich ernste Menschenrechtsverletzungen“ beschränken und die höchste nationale Rechtsprechung in den Europaratsländern nur noch in Ausnahmefällen hinterfragen. Die Hürden für die Zulässigkeit von Klagen sollten erhöht werden, wodurch das Recht jedes Europäers, vor das Gericht in Straßburg ziehen zu können, ausgehöhlt worden wäre. Doch bei einer Konferenz der 47 Nationen des Europarats Mitte April in Brighton musste London wegen des Widerstands aller anderen Staaten die Segel streichen, auch Berlin sagte nein. Im Straßburger Parlament herrschte große Erleichterung, Mignon betonte indes angesichts der Beschwerde beim Gerichtshof, Reformen müssten dessen Effizienz steigern. Die Macht der Richter aber bleibt unangetastet. *Karl-Otto Sattler*



Am Mittwoch werden François Hollande (links) und Nicolas Sarkozy in einem TV-Duell um die letzten unentschiedenen Wähler kämpfen.

Wahlkampf auf Messers Schneide

FRANKREICH Sarkozy buhlt im Endspurt um Wähler am rechten Rand. Hollande will mit seinem Europakurs punkten

Bei den französischen Präsidentschaftswahlen kommt es am 6. Mai zu der von allen Umfragen seit Wochen vorausgesagten Stichwahl zwischen dem bisherigen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und seinem sozialistischen Herausforderer François Hollande. Das aber war nicht die Überraschung des ersten Wahltags. Eine Premiere in der fünf Jahrzehnte alten Geschichte der Fünften Republik ist es hingegen, dass ein bisheriger Staatschef im Kampf um seine Wiederwahl nach der ersten Runde nicht an der Spitze liegt. Mit lediglich 27,1 Prozent der Stimmen musste er Hollande, der 28,6 Prozent erreichte, die Favoritenrolle überlassen und daher selber den Herausforderer geben. Umfragen sagen Hollande bislang einen Sieg mit 55 zu 45 Prozent der Stimmenanteile voraus. Noch am Wahlabend des 22. April forderten seine ausgeschiedenen linken Konkurrenten, Jean-Luc Mélenchon von der „Linksfront“ (11,1 Prozent) und die Grüne Eva Joly (2,3 Prozent), ihre Wähler auf, Hollande zu wählen, um „Sarkozy zu schlagen“. Der Präsident sei vom Volk desavouiert und wegen der nicht gehaltenen Versprechen sanktioniert worden, wiederholten seither die Sozialisten. Eine besondere Genugtuung dürfte das auch für Ségolène Royal, Hollands frühere Lebensgefährtin sein, die 2007 als linke Präsidentschaftskandidatin von Sarkozy besiegt worden war. „Drei Viertel der Franzosen und Französinen haben gegen Nicolas Sarkozy gestimmt“, sagte sie.

Fiskalpakt aufschürren Hollande selbst versucht in der Endphase des Wahlkampfes weiter mit dem Thema Europa zu punkten. Er fordert, den europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln und ihm einen Wachstumspakt hinzuzufügen. „Es ist nicht Deutschland, das über ganz Europa entscheiden wird“, sagte Hollande am vergangenen Donnerstag in einer Fernsehansprache, in der beide Kandidaten hintereinander nochmals

ihre Positionen präsentierten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beharrt hingegen darauf, dass der Fiskalpakt nicht nochmals aufgeschnürt wird: „Er ist nicht verhandelbar“, sagte Merkel in einem Interview am vergangenen Freitag. **Veränderte politische Landkarte** Präsident Sarkozy, der nach Hollande zum französischen Fernsehpublikum sprach, versuchte erneut, die Wähler der rechtsextremen Front National (FN) für sich zu gewinnen. „Die Wähler von Marine Le Pen sind keine Rechtsextremen“, beteuerte er. Ihre Partei war am Sonntag mit einem Ergebnis von 17,9 Prozent die große Überraschung der ersten Wahlrunde – und führte zu einer Veränderung der politischen Landkarte: In 15 der 95 Départements in Frankreich lag die FN-Kandidatin oft mit 25 Prozent an zweiter Stelle. Im Departement Gard (um Nîmes) belegte sie sogar den ersten Platz, wie in vielen einzelnen Ortschaften und kleineren Städten, vor allem in Lothringen, im Elsass, aber auch von Marseille bis Nizza an der Côte d'Azur. Mit einer aggressiven Kampagne gegen die „Pariser Eliten“, gegen das „Establishment“ der traditionellen Parteien und gegen den Euro hatte Marine Le Pen im Wahlkampf mit Erfolg ein Publikum von Unzufriedenen, Enttäuschten und Unterdrückten angesprochen, denen gemeinsam ist, dass sie sich von allen anderen Parteien verachtet fühlen. Strategie der Front National ist es, diesen Menschen ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl zu suggerieren und sie geschickt gegen Ausländer, vor allem gegen die in Frankreich lebenden Muslime zu instrumentalisieren. Wenn Nicolas Sarkozy noch gewinnen will, muss er möglichst viele dieser Sympathisanten der extremen Rechten für sich gewinnen. Auch für deren Wut auf das „System“ sowie für ihren Ausländerhass hat er Verständnis: „So kann das nicht weitergehen. Da wir zu viele Leute auf unserem Territorium aufgenommen haben, funktioniert unser Integrationssystem nicht mehr“, sagt er. Auch die Ankündigung, dass

er zusammen mit Deutschland nicht nur wieder die Grenzkontrollen einführen wolle, sondern auch gegebenenfalls aus dem Schengen-Abkommen austreten werde, dürfte bei den FN-Sympathisanten gut ankommen. Sarkozy hat in der heißen Phase des Wahlkampfes daher Hemmschwellen überschritten und nähert sich in seiner Themenwahl und Rhetorik der FN-Propaganda an. Das hat schon jetzt Konsequenzen: Der Zentrumsdemokrat François Bayrou (9,1 Prozent), dessen Stimmen sich ersten Analysen zufolge etwa gleichermaßen auf Sarkozy und Hollande verteilen sollten, äußerte sich befremdet über Sarkozys „erniedrigende“ Art, „auf dem Bauch der Politik des FN hinterher zu kriechen“. In einem scharfen Leitartikel mahnte auch „Le Monde“ den Staatschef: „Der Zweck heiligt nicht alle Mittel.“ Sarkozy, der sich solche „Lehren in Moral“ verbitten will, musste in Medien dementieren, dass er eine Absprache mit dem FN plane – wie dies laut Umfrage 64 Prozent der UMP-Wähler wünschten – oder dass es FN-Minister in einer kommenden Regierung geben könnte. **Unsicherer Ausgang** Im Fall seiner Niederlage zeichnet sich für Sarkozy auch ein Debatte bei den Parlamentswahlen im Juni ab: Wenn Le Pens Front FN wie am 22. April abscheidet, könnten ihre Kandidaten in 354 von 577 Wahlkreisen in die Stichwahlen gelangen. 2002 war das dem FN nur in 37 Wahlkreisen gelungen, 2007 nur in einem einzigen. Wo der FN im zweiten Wahlgang präsent ist, kommt es oft zu Dreier-Finalen, die in der Mehrzahl zugunsten der vereinigten Linken und nicht der UMP (Union pour un mouvement populaire) ausgehen. Sarkozys Partei müsste also mit großen Verlusten rechnen. Marine Le Pen hat von daher keinen Grund, dem Kandidaten Sarkozy jetzt unter die Arme zu greifen. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, spekuliert bereits auf eine „Implosion der UMP“, von der seine Partei einmal die Scherben erben soll. *Rudolf Balmer, Paris*

Der Autor ist freier Frankreich-Korrespondent.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Mehr Güter für Schiff und Schiene

EUROPA Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat sich dafür ausgesprochen, den zunehmenden europäischen Transitverkehr zu einem „möglichst hohen Anteil“ auf Schienen- und Wasserstraßen zu verlegen. Gerade über die Bedeutung von Wasserstraßen sei man „sich viel zu wenig im klaren“, sagte der Minister in der vergangenen Woche im Europaausschuss zum Ausbau Transeuropäischer Netze. Er wies darauf hin, dass Deutschland in hohem Maße vom Transitverkehr betroffen sei: allein im Güterverkehr werde bis zum Jahr 2025 mit einem Zuwachs von 150 Prozent gerechnet, erklärte Ramsauer. Das Kernnetz der Europäischen Netze solle bis 2030 weiter ausgebaut werden, sagte der Minister. Bereits bis 2020 sollten dafür zehn schwerpunktmäßige Korridore geschaffen werden. Allein durch Deutschland würden sechs dieser Korridore gehen, sagte der Minister. Die

Schaffung der Infrastrukturmaßnahmen werde auf Basis einer Europäischen Verordnung durchgesetzt. Ramsauer verwies daraufhin, dass noch die Frage bestehe, wie streng die EU-Norm greifen solle und welche Durchgriff es dabei auf nationale Planungshoheiten gebe. In der anschließenden Diskussionsrunde wurde die Frage aufgeworfen, warum die Infrastrukturprojekte so teuer seien. Ramsauer sagte, dass dafür unter anderem die erhöhten Sicherheitsanforderungen und die Einhaltung von Standards für den Natur- und Artenschutz verantwortlich seien. Gleichzeitig wollten die Abgeordneten unter anderem wissen, wie die Auswahl der von der Bundesrepublik ausgewählten Netze verlief. Ramsauer erläuterte, dass in die Projektplanung die Länder mit einbezogen worden seien. Vertreter der Opposition kritisierten, dass ein einheitlicher europäischer Eisenbahnraum bereits seit 30 Jahren diskutiert werde. *as*

Durst nach Wasser wächst

ENTWICKLUNG Die Fraktionen von Union und FDP setzen sich für Lösungen bei der sich abzeichnenden globalen Wasserknappheit ein. Ein entsprechender Antrag (17/9153) wurde vergangene Woche gegen das Votum der Opposition vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angenommen. Bereits heute lebten 1,6 Milliarden Menschen in Regionen mit Wasserknappheit, schreiben Union und FDP in ihrem Antrag. Bis 2025 werde sich diese Zahl verdoppeln, über 80 Prozent der dann Betroffenen würden in Entwicklungsländern, vor allem in ländlichen Regionen leben. Die Bundesregierung soll deshalb beim Weltgipfel in Rio im Juni 2012 dafür eintreten, wirksame Maßnahmen gegen Wasserknappheit zu vereinbaren „unter Berücksichtigung des Nexus von Ernährungssicherheit, Wasser und Energie“. Zudem fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, „internationale Forschungen zu Pflanzen mit besserer An-

passung an Dürreperioden“ zu unterstützen. Um das „Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitäre Versorgung“ zu gewährleisten, solle in der Entwicklungszusammenarbeit auch das Wassermanagement verbessert und die „Eigentumsrechte lokaler Nutzer auf Land und Wasser“ gefördert werden. Umstritten war im Ausschuss vor allem die Frage der gentechnisch veränderten Pflanzen und die Privatisierung der Wasserversorgung, von der sich die Koalitionsfraktionen bei „geeigneter Regulierung“ Wasser zu bezahlbaren Preisen für die arme Bevölkerung erhoffen. Die Wasserversorgung sei „Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge“, sagte ein SPD-Vertreter. Die Linksfraktion verwies auf Bolivien, wo eine Privatisierung zu Preissteigerungen „bis zu 150 Prozent“ geführt habe. Ein Vertreter der Grünen kritisierte, dass der Koalitionsantrag sich um den Begriff der Gentechnik herumdrücke. *ah*

Janukowitsch im Abseits

UKRAINE Der Druck auf Kiew im Fall Timoschenko wächst

Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine hat eine Reihe von Spitzenpolitikern eine Reise zu den Spielen der Fußball-EM im Juni abgesagt. Die Fußball-EM wird gemeinsam von Polen und der Ukraine veranstaltet. „Ich glaube schon, dass unter diesen Umständen viele sagen werden, dass sie zuhause bleiben“, erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), vergangenen Freitag im ARD-Morgenmagazin. Noch ist auch nicht entschieden, ob Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zur EM in die Ukraine reisen wird. Regierungssprecher Steffen Seibert ließ die Frage bislang offen. Er erklärte aber, es dürfe von Seiten der ukrainischen Regierung „kein Spiel auf Zeit geben“. Bundespräsident Joachim Gauck hatte bereits am vergangenen Donnerstag ein Treffen mit anderen Präsidenten im Mai in Jalta abgesagt. Seine Entscheidung war parteiübergreifend auf Zustimmung gestoßen. Hintergrund der Absage ist der Umgang mit der früheren Regie-

rungschefin Julia Timoschenko. Die inhaftierte und unter einem Bauschreiben vorfall leidende Politikerin wirft den Behörden Misshandlung vor und ist in einen Hungerstreik getreten. Am vergangenen Freitag explodierte in ihrer Heimatstadt Dnjepropetrowsk eine Bombe. Mindestens 27 Menschen wurden dabei verletzt. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigte an, sich selbst ein Bild über die Lage von Timoschenko machen zu wollen. Der für Sport zuständige Minister wird bei den Spielen der EM in der Ukraine auch Timoschenko besuchen. Auch in der EU wird darüber diskutiert, wie auf den Umgang mit Timoschenko reagiert werden soll. Die litauische Parlamentspräsidentin Irena Degutienė bezeichnete die Entwicklung in dem Nachbarland als „besorgniserregend“ (siehe Seite 9). Die EU-Justizkommissarin Viviane Reding hat ihren Besuch beim ersten Spiel der Fußball-EM bereits abgesagt. „Das ist eine Anregung für andere Politiker, auch so zu handeln“, sagte sie. *Annette Sach*



Julia Timoschenko

© picture-alliance/epa

KURZ NOTIERT

Antrag zur Freilassung der »Miami Five« gescheitert

Die Fraktion Die Linke ist am vergangenen Donnerstag mit ihrem Antrag (17/7416, 17/8395-neu) zur Freilassung der sogenannten „Miami Five“ gescheitert. CDU/CSU und FDP stimmten gegen das Vorhaben, die SPD-Fraktion enthielt sich. 1998 wurden fünf Kubaner in der USA wegen Spionage und in einem Fall wegen Verschwörung zum Mord angeklagt und zu hohen Haftstrafen verurteilt. Es gebe erhebliche Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Prozesses, argumentierte die Linksfraktion. *bob*

Transparenz für Rohstoffunternehmen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit ihrer Forderung nach verbindlichen Offenlegungspflichten für Unternehmen im Rohstoffsektor vergangene Woche keine Mehrheit im Plenum gefunden. In ihrem Antrag (17/8354) begrüßten die Abgeordneten die Vorschläge der EU-Kommission vom Oktober 2011, nach denen im Rohstoffsektor tätige Unternehmen verpflichtet werden sollen, Zahlungen an Regierungen der Länder, in denen sie Rohstoffe fördern, offenzulegen. Die Bundesregierung sollte laut Antrag die EU-Vorschläge umfassend umsetzen. *ah*

Grüne fordern nachhaltige EU-Fischereipolitik

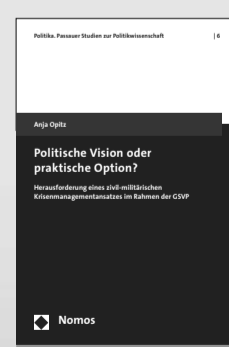
Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die EU-Fischereipolitik auf eine neue Grundlage stellen. Als „weltgrößter Importmarkt für Fisch und Fischprodukte“ trage die EU eine besondere Verantwortung, heißt es in einem Antrag (17/9399), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, sich bei den Verhandlungen zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) dafür einzusetzen, dass sämtliche EU-Fischereiaktivitäten in Drittländern und in internationalen Gewässern hin zu einer ökologisch und sozial verträglichen Fischerei reformiert werden und im Einklang mit den entwicklungspolitischen Zielen der EU stehen. *ah*

Koalition will Neuausrichtung der Entwicklungspolitik

Die EU-Entwicklungszusammenarbeit soll in Zukunft auf eine geringere Zahl von Staaten konzentriert werden. Union- und FDP-Fraktion begrüßen in einem Antrag (17/9424) eine Initiative der EU-Kommission für eine Neuausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik. Dabei sollen beispielsweise die Fördermittel auf maximal drei Bereiche pro Land beschränkt werden, um eine größere Wirkung zu erzielen. Zudem sollen die Hilfsmaßnahmen zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten besser miteinander abgestimmt werden. *as*

Anzeige

Konfliktlösung der GSVP



Politische Vision oder praktische Option?
Herausforderung eines zivil-militärischen Krisenmanagementansatzes im Rahmen der GSVP
Von Anja Opitz
2012, 292 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8329-5648-6
(Politik, Passauer Studien zur Politikwissenschaft, Bd. 6)

Gegenwärtige globale Konfliktszenarien bedürfen integrierter Handlungsansätze und Lösungsstrategien, die zudem nicht starr, sondern flexibel anwendbar sind und sich am Konfliktverlauf orientieren. Die Studie untersucht die Möglichkeit der Umsetzung eines integrierten Krisenmanagementansatzes innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/12563



SPD-Anfrage zu Nuklearwaffen

AUSWÄRTIGES Die SPD hat sich vor dem NATO-Gipfel Ende Mai in Chicago für eine weitere Herabstufung der Rolle von Nuklearwaffen ausgesprochen. „Es muss endlich mutige Schritte geben, um das Denken des Kalten Krieges hinter uns zu lassen“, sagte Uta Zapf (SPD) in der Debatte, in der über eine Große Anfrage der Sozialdemokraten über deutsche nukleare Abrüstungspolitik diskutiert wurde. Zapf forderte in der Debatte unter anderem mehr Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen mit Russland beim Thema Nuklearwaffen. Gleichzeitig erklärte sie, dass sie mit den Antworten der Bundesregierung (17/8843) auf viele Fragen der Großen Anfrage (17/7226) „nicht sehr zufrieden sei“, sagte Zapf. Robert Hochbaum (CDU/CSU) hob hervor, dass aus Sicht der Bundesregierung Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen die zentralen Bestandteile einer globalen Sicherheitsarchitektur darstellen. Die Bundesregierung stehe dabei für substantielle Fortschritte auf diesem Gebiet und unterstütze „klar und deutlich das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt“, sagte Hochbaum. Christoph Schnurr (FDP) sagte, Abrüstung und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen seien – anders als in der Vergangenheit – ein wichtiger Teil der Bündnisstrategie. Sie seien kein Selbstzweck, sondern weil beides zu mehr Sicherheit beitrage. Inge Höger (Die Linke) bedauerte, dass die Ausgaben für atomare Rüstung in letzter Zeit wieder zunehmen würden. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen habe berechnet, dass 2011 mehr als 100 Milliarden Dollar für atomare Rüstung ausgegeben worden seien. Agnes Brugger (Grüne) kritisierte hingegen, dass es Schwarz-Gelb in der Abrüstungspolitik „gewaltig an Ideen und Elan“ fehle. *bob*



Lebensmittellager im malischen Wadoubu: Nach einer schlechten Ernte ist die Versorgungslage im Sahel-Gebiet angespannt. Die Welthungerhilfe verkauft daher mit lokalen Partnern Hirse zu subventionierten Preisen.

Gefährliches Machtvakuum

MALI Das Land war einst Vorbild für ein demokratisches Afrika. Jetzt steckt es in einer tiefen Krise

Solidarität mit Mor Gabriel

MENSCHENRECHTE Alle Fraktionen des Bundestages setzen sich für den Fortbestand des Klosters Mor Gabriel im Südosten der Türkei ein. Das zeigte eine Debatte, bei der am Donnerstag über einen gemeinsamen Antrag der Union und der FDP-Fraktion (17/9185) für den Erhalt des Klosters diskutiert wurde. Darin fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, sich gegenüber der Türkei weiter dafür einzusetzen, die Existenzgrundlage des Klosters zu sichern. Mor Gabriel gilt als Zentrum der aramäisch sprechenden christlichen Minderheit in der Türkei. Seit mehreren Jahren sind gegen das Kloster Prozesse anhängig, die einen Abriss der Anlage zur Folge haben könnten. Erika Steinbach von der CDU/CSU-Fraktion sagte, Mor Gabriel sei das Symbol und der Gradmesser für das Umgehen des türkischen Staates mit religiösen Minderheiten. Auch Pascal Kober (FDP) machte deutlich, dass man im Interesse weiterer religiöser Minderheiten verpflichtet sei, das Kloster zu retten. Angelika Graf (SPD) sagte, man müsse dafür sorgen, die über 1.600 Jahre alten Rechte der aramäischen Christen zu respektieren. Für Die Linke sagte Lukrezia Jochims, die Zeit der „Schaufensterdebatten mit wohlklingenden Appellen“ sei vorbei. Gefragt seien „solidarische Hilfen“ für Mor Gabriel. Josef Philip Winkler (Grüne) forderte verstärkte Hilfen für die Aramäer in der Türkei. Denn Prozesse wie in Mor Gabriel seien nur die „Spitze des Eisbergs“. *bob*

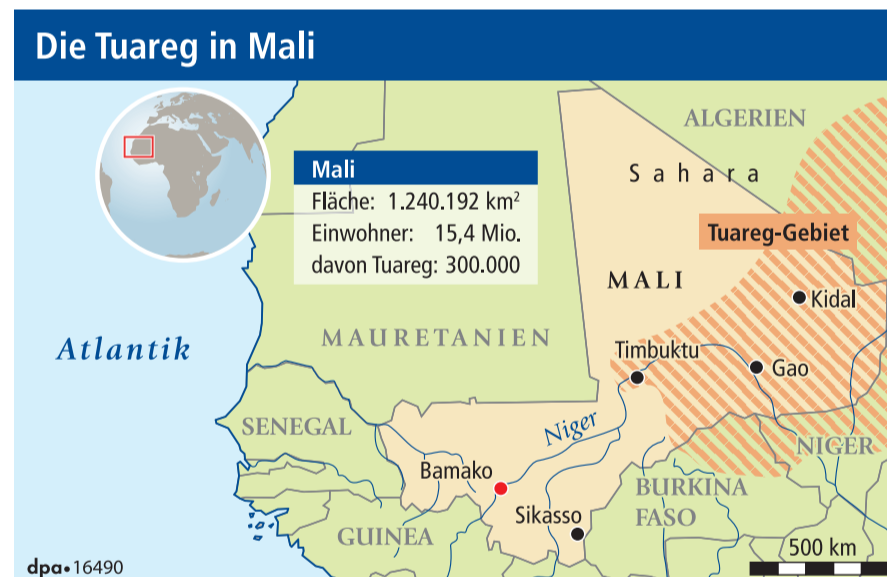
Knapp sechs Wochen nach dem Staatsstreich ist auf den Straßen Bamakos nicht mehr viel vom politischen Umsturz zu spüren. Das Leben geht weiter, so sehen das viele Menschen, die in der Hauptstadt Malis leben. Ähnlich ruhig war es bereits ein paar Tage nach dem 21. März. Sprichwörtlich über Nacht und ohne Vorzeichen hatten malische Soldaten das Staatsfernsehen und den Präsidentenpalast eingenommen und den bisherigen Präsidenten Amadou Toumani Touré gestürzt, in Mali ATT genannt. Dem Militär ging es dabei weniger um seine Herrschaft. Vielmehr wollte es deutlich machen: Die Lage im Norden eskaliert, und die Politik muss endlich nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung suchen. Ende April scheint Mali davon weiter denn je entfernt zu sein. Denn nach dem Putsch haben die Regierungstruppen, die seit Januar ohne Aussicht auf Erfolg kämpften, der „Nationalbewegung zur Befreiung von Azawad“ (MNLA) den Norden mehr oder weniger kampflos überlassen. Die MNLA nahm nicht nur alle großen Städte ein, sondern rief gleichzeitig ihren eigenen Staat mit dem Namen Azawad aus, der international freilich nicht anerkannt wird. Für viele Menschen, die in der dünn besiedelten Sahelregion leben, entwickelt sich Azawad nun zur persönlichen Katastrophe.

Lebensmittel knapp Schon vor dem Putsch galt die Versorgungslage im Sahel als äußerst prekär. Vergangenes Jahr war der Niederschlag niedriger als üblich ausgefallen, weshalb die Vorratskammern vielerorts leer sind. Bis zur nächsten Ernte vergehen noch Monate. Betroffen sind all jene Menschen, die keinerlei Rücklagen haben, um fehlende Lebensmittel zu hohen Preisen dazu zu kaufen. Im ganzen Land, in dem rund 14 Millionen Menschen leben, sollen 1,8 Millionen von ihnen davon betroffen sein. Auf den Märkten gibt es aber nach wie vor Nahrung zu kaufen. Marktfrau Fatoumata Traoré Toro, die in Mopti, dem Wirtschafts- und Tourismuszentrum in Zentralmali lebt, hat große Mengen an Tomaten, Gurken und Chilischoten im Angebot. „Aber es wird schwieriger, Nachschub zu besorgen. Die Lage im Norden macht uns zu schaffen“, seufzt sie. Dabei haben sie und die übrigen Einwohner im Bezirk Mopti großes Glück gehabt. Immer wieder war spekuliert worden, ob die MNLA bis dorthin vordringt. Doch Mopti gehört nicht zu Azawad. Dort verschlechtert sich die Versorgungslage täglich. In vielen Orten sind Ladentüren verbarrikadiert und Banken geschlossen, berichten Augenzeugen. Wie lange der häufig ohnehin schon spärliche Lebensmittelvorrat noch reichen wird, ist unklar.

Doch noch eine weitere Sorge plagt die Menschen in Mali: Die Angst vor der Radikalisierung der Religion. Mit der Ausrufung Azawads ist deutlich geworden, wie stark sich islamistische Zusammenschlüsse bereits ausgebreitet haben. Als besonders gefährlich gilt die Gruppe „Ansar Dine“ (Verteidiger des Glaubens), die in den vergangenen Monaten wie die MNLA gegen die Regierungstruppen kämpfte und nun in den

von ihr eroberten Gebieten schwarze Scharia-Flaggen hisst. Schon seit längerer Zeit ist außerdem darüber spekuliert worden, welchen Einfluss die AQMI – die Al-Qaida im Islamischen Maghreb – in der Region hat. Spektakuläre Entführungsfälle von Europäern wie im November 2011 in Timbuktu sprachen dafür. Doch dagegen unternehmen hat die malische Regierung offensichtlich wenig. Auch viele Beobachter sahen AQMI kurz vor dem Putsch eher als eine Randerscheinung. Der Norden ist jetzt dennoch zum Sammelbecken radikaler Gruppierungen geworden. Laut Annette Lohmann, die in Bamako die Friedrich-Ebert-Stiftung leitet, verliert die MNLA jetzt zunehmend die Kontrolle an die Islamisten. Die MNLA im Kampf gegen sie einzusetzen und im Gegenzug ein Autonomiegebiet einzurichten, würde ein hohes Risiko bergen. Ohnehin weiß niemand, wie

berdem leben in der Region längst nicht nur Tuareg, sondern viele andere ethnische Gruppen, die sich nun um ihre Rechte sorgen könnten. So ist es den Tuareg selbst jahrzehntelang ergangen. Einst lebten sie in der Sahara in großen Stämmen zusammen, die politisch, sozial und wirtschaftlich völlig autonom waren. Auf Tamashek, ihrer Sprache, bedeutet das Wort Tuareg „freier Mensch“. Diese Freiheit wurde ihnen vermutlich zum ersten Mal durch die Kongo-Konferenz von 1884 und 1885 genommen, als in Berlin die europäischen Großmächte Afrika unter sich aufteilten. Für das Nomadenvolk bedeutete das eine Aufteilung in fünf verschiedene Länder: Neben Mali lebten sie in Burkina Faso, Niger, Algerien und Libyen. Auch die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten verbesserte ihre Lage nicht. Und auch der gerade gestürzte Präsident Touré kümmerte sich nicht um eine bessere Integration der Tuareg.



Neuwahlen In Bamako ist indes eine Übergangsregierung ernannt worden, die bis Ende Mai Wahlen vorbereiten soll. Aufgrund der Situation im Norden gilt das als sehr unwahrscheinlich. Um dennoch Druck auf die Regierung zu machen, aber auch um möglicherweise militärisch gegen MNLA und Islamisten vorzugehen, hat am vergangenen Donnerstag die Westafrikanische Regionalorganisation Ecowas entschieden, 3.000 Soldaten nach Mali zu schicken. *Katrin Gänser*

Die Autorin ist Westafrika-Korrespondentin mehrerer deutscher Zeitungen.

Der Frühling bleibt aus

ALGERIEN Zaghafte Reformen statt »Arabellion«: Islamisten hoffen auf Parlamentswahl

Algerien wählt am 10. Mai – 50 Jahre nach der Unabhängigkeit – ein neues Parlament, das die Verfassung überarbeiten soll. Neben der Aufhebung des seit 1992 gültigen Ausnahmezustandes ist die Verfassungsreform eines der wenigen zaghaften Zugeständnisse von Präsident Abdelaziz Bouteflika unter dem Eindruck des Arabischen Frühlings. 20 Jahre nach dem Wahlsieg der Islamischen Heilsfront (FIS) und dem darauf folgenden Militärputsch tritt erneut ein breites religiös-politisches Bündnis an. Drei der wichtigsten islamistischen Parteien haben sich zusammengeschlossen. Mit Blick auf Tunesien, Marokko und Ägypten hoffen sie darauf, stärkste Kraft zu werden.

Islamische Allianz „Falls die Wahlen sauber sind, gewinnen wir sie“, sagt der Vorsitzende der Gesellschaftlichen Bewegung für den Frieden (MSP), Bouguerra Soltani. Seine Partei hat sich mit zwei kleineren Formationen, der Ennahda und El Islah zur „Allianz des grünen Algerien“ zusammengeschlossen. Der Name nimmt Bezug auf die Farbe des Islam und der algerischen Nationalflagge. Die Zahl der Anhänger der Islamisten werden auf 35 bis 40 Prozent geschätzt. Anders als 1992, als die Armee nach einem Sieg der FIS die Wahlen abbrach und das Land in einem langen Bürgerkrieg versank, der 200.000 Men-

schen das Leben kostete, würde heute ein Sieg der Allianz nicht mehr als Gefahr gesehen, fügt Soltani hinzu. Die internationale Gemeinschaft erkenne die Islamisten nach deren Erfolgen in mehreren arabischen Ländern als „nicht in Frage zu stellende Realität“ an.

Wahlboykott Die arabischen Länder hätten alle politischen Theorien ausprobiert, vom Kommunismus über den Marxismus, der Baathismus, den wirtschaftlichen Liberalismus; jetzt kämen die islamische Bewegungen, heißt es aus islamistischen Kreisen selbstbewusst. Die „Allianz des grünen Algeriens“ versucht sich als alleiniger Vertreter für religiöse Politik zu etablieren. Leicht wird das nicht. Denn vier weitere, kleinere islamistische Formationen treten gesondert an. Und die historischen Führer der seit 1992 verbotenen FIS rufen zum Wahlboykott. Denn Soltani Partei saß bisher zusammen mit der ehemaligen Einheitspartei FLN und deren Abspaltung RND im sogenannten „Bündnis des Präsidenten“, das seit 2007 die Regierung stellt. Man kann davon ausgehen, dass der Versuch der Islamisten, stärkste Partei zu werden, mit dem Wohlwollen von Staatschef Bouteflika rechnen kann. Das macht sie für die Alten aus der FIS unglaubwürdig. Auch aus der weltlichen Opposition kommt ein Boykottaufruf. Die vor allem bei der Ber-

ber-Minderheit verankerte Versammlung für Kultur und Demokratie (RCD) bleibt den Wahlen fern. Sie glaubt nicht an das Versprechen eines sauberen Umengangs. Auch die Zulassung von über 500 Wahlbeobachtern, unter anderem von der Arabischen Liga und der Europäischen Union, überzeugt die RCD nicht. Die Partei hatte im Frühjahr vergebens versucht, eine breite Protestbewegung wie in den Nachbarländern zu mobilisieren. Die Demonstrationen scheiterten an der Angst der Algerier. Nicht nur vor dem massiven Polizeiaufgebot, sondern vor dem, was die eigene Vergangenheit gelehrt hat. Die Jugendrevolte 1988, die zum Ende des Einparteiensystems führte, endete nach den Wahlen 1992 im Bürgerkrieg zwischen Islamisten und Armee. Diese Erfahrung hat Algerien geprägt. Die Regierung weiß die Angst zu nutzen: „Wenn wir nicht wünschen, erneut enthaupet zu werden, oder Leute mit Kalaschnikows zu sehen, wenn wir die Unabhängigkeit Algeriens wahren wollen, müssen die Algerier massiv an die Urnen gehen und verhindern, dass wir in das dunkle Jahrzehnt zurückfallen“, warnt Regierungschef Ahmed Ouyahia das wahlmüde Volk. *Reiner Wandler*

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Nordafrika und Spanien.

Opposition will nicht in die Luft gehen

PIRATERIE SPD, Linke und Grüne lehnen Ausweitung der »Atalanta«-Mission auf Küstenstreifen ab

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Militäroperation „Atalanta“ vor der Küste Somalias verlängern – und zwar längstens bis Ende Mai 2013. Doch nach der ersten Lesung ihres Antrags (17/9339) am vergangenen Donnerstag steht fest: Mit einer breiten Mehrheit im Bundestag kann die Bundesregierung für eine erweiterte Anti-Piraterie-Mission nicht rechnen. Vertreter der Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten insbesondere den Plan, das Mandat auf einen 2.000 Meter breiten Küstenstreifen auszuweiten, um dort die Logistik der Piraten aus der Luft aufzuspüren und auszuschalten. „Sie provozieren mit einem erweiterten Auftrag neue zusätzliche Risiken und verwirren zugleich eine breite Mehrheit in diesem Hause“, sagte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rolf Mützenich. Die bisher mit breiter Mehrheit getragene Mission habe ihre abschreckende Wirkung entfaltet, der Schiffsverkehr sei sicherer geworden, die humanitären Hilfen für Somalia hätten ihre Bestimmungsorte erreicht. Omid Nouripour, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sagte: „Die Bundesregierung macht aus einem guten Mandat ein schlechtes.“ Sie risikiere mit der Ausweitung die „hohe morali-

sche Akzeptanz“ der Mission. Bei Luftsätsen seien zivile Opfer nie auszuschließen. Jan van Aken nannte den Antrag der Bundesregierung gar eine „Kriegserklärung an die somalische Küstenbevölkerung“. Der außenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke erinnerte an den Beschluss von Tanklastern aus der Luft im afghanischen Kundus, bei dem mehr als hundert Menschen, unter ihnen viele Zivilisten, starben.



Festnahme durch „Atalanta“-Einsatzkräfte

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) sprach demgegenüber von einer „kleinen, sinnvollen zusätzlichen militärischen Option“. Eine Option mehr sei besser als eine Option weniger. Die Piratenbekämpfung sei nur deshalb erfolgreich, „weil wir von Zeit zu Zeit die Mittel und den Umfang des Einsatzes angepasst haben“. Das erweiterte Mandat werde von den Regierungen der 27 EU-Mitglieder getragen, sagte der Minister und warb um Unterstützung der Opposition: „Eine Enthaltung ist besser als eine Ablehnung“, aber eine Zustimmung sei das Beste – auch für die Soldaten.

Populäres Mandat Rainer Stinner bezeichnete „Atalanta“ als das in der Bevölkerung populärste Mandat: Jeder verstehe, dass man „nicht zulassen könne, dass böse Buben Schiffe kapern“, sagte der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion. Stinner nannte das im Antrag der Bundesregierung formulierte Mandat „offen, transparent und richtig“ und betonte: „Kein deutscher Soldat betritt somalischen Boden.“ Philipp Mißfelder (CDU) warf der Opposition vor, „sich aus dem Staub machen“ zu wollen. Der Einsatz sei völkerrechtlich legitimiert und orientiere sich „an unserer wertebunden Außenpolitik“, auch weil er zur Stabilisierung Afrikas beitrage. *ah*

KURZREZENSIIERT

**René Jainsch:
Im Schatten der
Talkshows?**
Nomos Verlag,
Baden-Baden 2012;
175 S., 29 €

Nach dem Jahr 2000 gingen die Berichte über den Bundestag in den Medien im Vergleich zu den 1990er Jahren signifikant zurück: genau um die Hälfte. Betroffen von dieser Entwicklung sind allerdings nicht nur das Fernsehen oder die Boulevardpresse, sondern auch Qualitätszeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine“ und die „Süddeutsche Zeitung“. Der Dresdener Politikwissenschaftler René Jainsch geht in seiner empirischen Forschungsarbeit zur Berichterstattung über den Bundestag und das britische House of Commons den Ursachen für diese Entwicklung auf den Grund. Die wichtigste und länderübergreifend zu beobachtende Entwicklung betrifft nach Jainsch die Kommerzialisierung und Boulevardisierung der Medien. Dies führe zu einem Wandel der politischen Berichterstattung in Richtung Unterhaltung. Zudem attestiert er den Parlamenten in Europa einen allgemeinen Bedeutungsverlust. Im Zuge der europäischen Integration hätten die Volksvertretungen zunehmend nationale Kompetenzen an Brüssel und Straßburg abgegeben. Außerdem würden politische Entscheidungen heute weniger mit dem Parlamentsgeschehen in Verbindung gebracht, sondern eher mit Koalitionsrunden. Parallel dazu hätten sich in einem inflationären Ausmaß Polit-Talkshows in der Fernsehlandschaft etabliert. Mit ihnen sei ein konkurrierendes Forum geschaffen worden, das ein deutlich größeres Publikum erreiche als etwa eine Bundestagsdebatte. All dies erschwere es den Parlamenten, den Weg in die Berichterstattung zu finden, resümiert der Politikwissenschaftler.

Mit Hilfe einer umfassenden Codierung wertete Jainsch die Inhalte der Berichterstattung aus. Sein Fazit: Die Parlamentsberichterstattung ist heute weniger vielfältig, weniger tiefgehend und weniger authentisch. Bemerkenswert sei, dass die Abgeordneten mit der Professionalisierung ihrer strategischen Kommunikation durch Fernsehauftritte, Pressekonferenzen und Interviews selbst zum Bedeutungsverlust der Parlamente beitragen. *Aschot Manutscharjan*

**Christoph Ruf:
Was ist links?
Reportagen aus einem
politischen Milieu.**
C.H. Beck Verlag,
München 2011;
253 S., 12,95 €

Klassentreffen können sehr unangenehm sein. Das muss auch der Journalist Christoph Ruf feststellen. Als er 18 Jahre nach dem Abitur seine einstigen Klassenkameraden bei einer Grillparty wiedertrifft, werden sie erst in Erinnerungen an die gute alten linken Zeiten – um dann zu beklagen, dass die deutsche Linke heute nicht mehr allzu viel taugt. Aber was heißt das eigentlich heute noch: „links sein“? Ruf macht sich auf die Suche. Ein Jahr lang tummelt er sich unter Sozialdemokraten, Grünen und Mitgliedern der Linkspartei. Er beschreibt deren Frust nach dem schwarz-gelben Wahlsieg vor drei Jahren, trifft Gewerkschafter, die sich über die Verhöhnung ihrer eigenen Organisation ärgern, und erlebt die Aufbruchstimmung unter Linken, die sich mit dem Absturz der Koalition aus CDU, CSU und FDP verbreitet. Das ergibt einerseits eine politische Milieustudie, andererseits ein sehr persönliches Zeugnis. Denn Ruf bemüht sich gar nicht erst um Distanz oder Objektivität. Sein Buch ist weniger Reportage als vielmehr ein reportageartiger Kommentar zur Lage der Linken und der deutschen Politik im Allgemeinen. Hier trauert jemand der Vor-Schröder-SPD nach, fremdelt mit den Grünen, weil sie ihm oft zu bürgerlich-liberal sind, und kokettiert mit der Linken, weil sie sich als einzige Partei konsequent links gibt. Am Ende mündet das Buch in einem Plädoyer für eine rot-grüne Koalition: Linke dieses Landes, vereinigt Euch! Das ist einerseits sehr sympathisch: Hier schreibt jemand, der seine Sache mit voller Überzeugung vertritt, dabei aber selbstkritisch bleibt. Andererseits zeigt sich ein Links-Rechts-Muster, wie man es aus den Hochkampfzeiten der alten Bundesrepublik und des Kalten Krieges kennt: Hier stehen die prinzipiell „guten“ Linken, also SPD, Grüne und Linkspartei; dort die „bösen“ Neoliberalen, also Union und FDP, mit denen man niemals und unter keinen Umständen koalieren darf. Das ist allzu simpel gestrickt und weit entfernt von der Wirklichkeit. Auch Ruf beweist, wo die Crux vieler Linker liegt: dass sie in alten Denkmustern stecken geblieben sind. *Jan Kuhlmann*



An den Universitäten wird es eng: Die Kultusminister erwarten einen massiven Anstieg der Studentenzahlen.

Vor dem Ansturm

BILDUNG Die Zahl der Studenten wächst bis 2015 erheblich. Grüne und Linke fordern mehr Geld für die Hochschulen

Es geht nicht mehr nur um einen Studierendenboom, sondern es geht um ein langfristiges Studierendenhochplateau. Mit dieser Prognose wies der Abgeordnete Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) am vergangenen Donnerstag in der Debatte zur Hochschulpolitik die Richtung. Der zu erwartende Boom von Studenten an den Universitäten und die nach Ansicht der Opposition fehlende Finanzierung von ausreichend Studienplätzen standen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Die Bildungspolitik in den Bundesländern und ein großer Teil des Wissenschaftsbetrieb sind alarmiert: Laut der jüngsten Zahlen der Kultusministerkonferenz von Mitte Februar werden bis 2015 mindestens 350.000 neue Studienplätze gebraucht.

Die Grünen und Die Linke hatten zwei Anträge zum Hochschulpaket eingebracht. Die Grünen fordern in ihrer Vorlage die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern einen „Fahrplan für die Ausweitung und qualitative Verbesserung“ des Hochschulpaktes auszuarbeiten. Sie wollen für die wachsende Zahl der Studienanfänger mehr Geld bereitstellen (17/9173). Allen Studienberechtigten solle die Chance auf einen Studienplatz gegeben werden. Die Linksfraktion will den Hochschulpaket gleich komplett neu auszuhandeln, um so die Zahl der grundständigen Studienplätze bis 2015 auf mindestens 500.000 zu erhöhen (17/9197). Zudem erwarten die Linken, dass dem Bundestag umgehend ein Entwurf zur Änderung des Bundesbildungsförderungsgesetzes (BAföG) vorgelegt wird. Unter anderem sollten die Bedarfssätze an den tatsächlichen Bedarf für Lebensunterhalt und Ausbildung angepasst werden.

Gehring unterstrich die Notwendigkeit von Planungssicherheit für die Hochschulen. Sie bräuchten keine „Taschenspielertricks“, sondern „Finanzierungssicherheit seitens des Bundes innerhalb des Hochschulpaktes“, argumentierte er. Das sei „das A und O für einen verlässlichen Studienplatzausbau vor Ort“. Es wäre ein schlechtes Zeichen für potenzielle Bildungsaufsteiger, wenn Zehntausende trotz Studienabsicht ohne Studienplatz blieben. „Dazu darf es nicht kommen“, warnte Gehring. Monika Grütters (CDU) hingegen kritisierte, dass die Anträge der Grünen und der Linken inhaltlich nichts Neues böten. Die Argumente seien „angestaubt“. Der Hochschulpaket habe sich entgegen der Vorwürfe der Opposition nicht als ein unflexibles Instrument erwiesen. Wenn es nötig werden sollte, werde selbstverständlich nachverhandelt. „Wir können getrost davon ausgehen, dass es auch künftig genug Geld gibt“, zeigte sich Grütters genauso wie ihr Fraktionskollege Florian Hahn (CDU) überzeugt. „Wir werden flexibel handeln. Das sind wir den Studienberechtigten schuldig“, sagte Hahn. Studienwillige würden nicht vor verschlossenen Türen stehen.

Strukturelle Probleme Koalitionskollege Peter Röhlinger (FDP) untermauerte in seiner Rede die Argumente von Grütters mit Zahlen. Es gebe seit Jahren kontinuierliche Steigerungen im Bildungsbereich. Von 2009 zu 2010 sei der Bildungsetat um 701 Millionen, von 2010 zu 2011 um sogar 783 Millionen Euro gestiegen. In diesem Jahr seien noch einmal 445 Millionen Euro dazu gekommen. Röhlinger machte aber auch deutlich, dass Geld nicht das Allheilmittel sei. In Anspielung auf Fehlentwicklungen in manchen Bundesländern sagte er: „Wer strukturelle Probleme hat, der holt das mit Geld nicht herein.“ Die Studierenden hätten das längst kapiert und stimmten mit den Füßen ab. Dabei sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein entscheidender Standortvorteil für Universitäten, argumentierte Röhlinger. Die Kommunen, die die nötige Infrastruktur schaffen müssten, ermahnte er, man könne nicht einfach nur die Hand aufhalten und sagen: „Bund, ich will Geld.“ Letztlich komme es auf ein gutes Zusammenspiel zwischen Universitäten, Politik und Wirtschaft an.

Sven Schulz (SPD) unterstrich den großen Erfolg des Hochschulpaktes und betonte, dass er gerade deshalb weiter entwickelt werden müsste. Der Politiker warf der Regierung Zögerlichkeit vor. „Sie handelt nicht – und das, obwohl der „Hochschulpaket zu klein dimensioniert“ sei. Auch er verwies auf die neuesten Zahlen der Kultusministerkonferenz. Beim Blick in die Zukunft werfen sich für ihn aber noch andere Fragen auf. Nach der derzeitigen Finanzplanung der Regierung sollen in den Jahren ab 2014 über 570 Millionen Euro im Bildungsetat gekürzt werden. „Wie wird es dann weiter gehen?“, fragte der Bildungspolitik.

Bologna-Reform Nicole Gohlke (Die Linke) warf der Regierung vor, nicht für das „höchstmögliche Niveau der Hochschulfinanzierung“ zu sorgen, so wie es die 47 Bologna-Länder in ihrem unterschrittsreifen Vertrag gerade formuliert hätten. „Ehrlich gesagt, dürfte Deutschland gar nicht unterschreiben, weil jeder weiß, dass das höchstmögliche Niveau nicht sichergestellt ist“, sagt Gohlke. Kaum eines der großen Ziele der Bologna-Reform sei erreicht. Die Finanzierung der Hochschulen bleibe nicht nur unter dem Höchstmöglichen sondern auch weit unter dem unbedingt Nötigen. Unverständnis äußerte sie darüber, dass Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) lediglich eine Arbeitsgruppe in der Wissenschaftskonferenz eingesetzt habe, die prüfen solle, ob weitere Studienplätze nötig sind. „Was gibt es da zu prüfen? Jeder weiß, dass Studienplätze fehlen. Und zwar jetzt.“ Gohlke zog eine negative Bilanz: Das Studium sei stressiger, aber nicht besser geworden. Die internationale Mobilität stagniere, die innerdeutsche habe sogar abgenommen. Wer mit dem Bachelorabschluss die Universität verlassen müsse, habe deutlich schlechtere Chancen auf einen guten Job. Diese Kritik bewiese nur, so gab Monika Grütters zurück, dass sich die Linksfraktion von der Realität nicht lösen lasse und stets Maximalforderungen aufstelle – „nach dem Oppositions-Motto: alles für alle und zwar umsonst.“ *Annette Rollmann*

Preis für Wissenschaftler

PARLAMENTARISMUS Auch im Jahr 2012 wird der Deutsche Bundestag einen Wissenschaftspreis verleihen. Er würdigt hervorragende wissenschaftliche Arbeiten der jüngsten Zeit, die zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen. Der Preis, vom Parlament 1989 aus Anlass seines 40-jährigen Bestehens begründet, wird seit 1997 im zweijährigen Turnus verliehen. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Für eine Bewerbung gelten folgende Regelungen: Wissenschaftliche Studien können sowohl vom Autor selbst als auch durch Dritte vorgeschlagen werden. Die Werke müssen in dreifacher Ausfertigung und nach Abschluss der gegebenenfalls vorangegangenen akademischen Verfahren eingereicht werden. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf beizufügen. Berücksichtigt werden nur bereits publizierte Arbeiten, die seit dem 1. Juli 2010 erschienen sind. Anwärter und Befürworter preiswürdiger Arbeiten werden gebeten, sich bis zum 1. Juli 2012 an folgende Adresse zu wenden: **Deutscher Bundestag Referat WD 1 Wissenschaftspreis Platz der Republik 1 11011 Berlin** E-Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury aus Wissenschaftlern unterschiedlicher Provenienz. *DP*

Kein Druck auf Ungarn

MEDIEN Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit ihrem Antrag zur Stärkung der Pressefreiheit in Europa gescheitert. Der Bundestag lehnte den Antrag (17/8203) mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP gegen das Votum der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ab. Die Grünen hatten staatliche Eingriffe und Einschränkungen in mehreren Ländern Europas – darunter Ungarn, Italien und Frankreich – angelehnt. Aber auch in Deutschland seien Versuche der Politik, unliebsame Berichterstattung zu verhindern, nicht unbekannt. Besonders kritisch sei allerdings das ungarische Mediengesetz zu beurteilen. Die Grünen hatten die Bundesregierung aufgefordert, über die EU Druck auf die ungarische Regierung auszuüben, um Medienfreiheit und Medienpluralismus gemäß der Europäischen Grundrechtecharta Geltung zu verschaffen. Obwohl auch die Koalitionsfraktionen das ungarische Mediengesetz durchaus kritisch beurteilten, wollten sie dem Antrag der Grünen nicht zustimmen. Die Union verwies darauf, dass sich die ungarische Regierung verpflichtet habe, nachweislich mit europäischem Recht vereinbare Regelungen aus dem Gesetz zu streichen. Die Einfussnahme von Seiten der EU sei ausgeschlossen. Auch die Liberalen argumentierten, dass sich Deutschland bereits eindeutig in dieser Frage positioniert habe. Zudem gelte es, die Souveränität des ungarischen Parlaments zu achten. Die Oppositionsfraktionen hielten dagegen, dass die auf Druck der EU vorgenommenen Änderungen am ungarischen Mediengesetz nicht ausreichten, um europäisches Recht zu genügen. *aw*

Von Kindesbeinen an

INTERNET-ENQUETE Bericht zu Bildung und Forschung

Zumindest bei der Bestandsaufnahme herrscht weitgehend Eintracht. In der vergangenen Woche beschloss die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ die ersten drei Kapitel des Zwischenberichtes der Projektgruppe „Bildung und Forschung“. Lediglich an zwei Stellen der 180-seitigen Bestandsaufnahme gab es Meinungsunterschiede. Anders könnte das in der nächsten Sitzung der Enquete sein. Dann sollen die Handlungsempfehlungen verabschiedet werden. Der Vorsitzende der Projektgruppe, Reinhard Brandl (CSU), lobte während der Sitzung das „konstruktive Miteinander“. Man habe das Thema Bildung aufgeteilt, in die frühkindliche Bildung, die Hochschul- und die Aus- und Weiterbildung. Beim Thema Forschung sei es sowohl um Open Data und Open Access gegangen, als auch um die Frage, welche Rolle das Internet als Gegenstand von Forschung und Innovation spielt.

Rohleder deutlich, dass „für den Ausbilder das Methodenwissen deutlich wichtiger wird als ein überlegenes Fachwissen“. In der von Sylvia Canel (FDP) vorgestellten Textpassage zur Hochschulbildung fand sich schließlich die erste strittige Formulierung. Die Aussage, dass „die Realisierung der Hochschulmanagement-Systeme von Teilen der Studierenden und Lehrenden auch kritisch gesehen wird“, war aus Sicht der Linksfraktion nicht ausreichend. Petra Sitte (Die Linke) plädierte für einen Verweis auf die Fehler, die bei der Einführung des dialogorientierten Zulassungssystems erfolgt seien. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Mehrheit. Dem Einsatz von Open Access, dem barrierefreien Zugang zu wissenschaftlichen Online-Publikationen, komme in Forschung und Wissenschaft künftig eine besondere Bedeutung zu, sagte Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen). Hier müsse man die internationalen Entwicklungen beobachten, betonte sie. In dem Bericht wird auch auf die Dual-Use-Problematik, also die Möglichkeit, dass für zivile Zwecke erforschte Technologien auch militärisch verwendet werden können, hingewiesen. Ein von der Linksfraktion vorgeschlagener Textvorschlag, der als Beispiel „so genannte unbemannte Systeme, die in Deutschland größtenteils im zivilen Rahmen erforscht, weltweit aber vorrangig für militärische Zwecke genutzt werden“ anführt, fand aber keine Mehrheit. *hau*

Das letzte Kapitel

WISSENSCHAFT Promotionen bleiben Sache der Universitäten

Zu später Stunde am vergangenen Donnerstag schrieb der Bundestag das letzte Kapitel im Fall Karl-Theodor zu Guttenberg und seinen nachträglich verlorenen Dokortitel. Den hatte ihm die Universität Bayreuth im Februar vergangenen Jahres aberkannt, weil sie zu dem Schluss gekommen war, dass Guttenberg in seiner Promotion „die Standards guter wissenschaftlicher Praxis evident grob verletzt und hierbei vorsätzlich getäuscht“ habe. Guttenberg trat im Zuge dieser sogenannten Plagiatsaffäre vom Posten des Verteidigungsminister zurück und legte auch sein Mandat als Bundestagsabgeordneter nieder. Nachdem in der Folgezeit weitere Plagiatsfälle bei Promotionen prominenter Politiker bekannt wurden, brachten SPD und Bündnis 90/Die Grünen zwei Anträge in die parlamentarische Beratung ein, in denen sie die Bundesregierung aufforderten, Maßnahmen zur Stärkung und Überprüfung der Regelungen zur Qualitätssicherung bei wissenschaftlichen Arbeiten zu ergreifen. Denn Plagiate, Diebstahl geistigen Eigentums und Betrug, so argumentierten Sozialdemokraten und Grüne, fielen nicht nur auf die betroffenen Universitäten und Forschungseinrichtungen zurück, sondern auch – vor allem bei prominenten Fällen – auf den gesamten Forschungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Die Bundesregierung sei deshalb gefordert, um das hohe Ansehen der Promotion an deutschen Universitäten zu sichern.

Schon bei der Einbringung der Anträge im vergangenen Jahr hatten die Koalitionsfraktionen moniert, die Opposition versuche lediglich politischen Profit aus der Plagiatsaffäre zu ziehen. Außerdem verstoße das Ansinnen der Opposition gegen die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Es sei die Aufgabe der Universitäten, gegen Mängel und Fehler im Promotionsverfahren vorzugehen, ein konkreter politischer Handlungsbedarf bestehe deshalb nicht. Und so lehnten CDU/CSU und FDP mit ihrer Mehrheit die beiden Oppositionsanträge in der vergangenen Woche ab. *Alexander Weinlein*



Im Februar 2011 verteidigte sich Guttenberg gegen den Plagiatsvorwurf.

Entwicklung durch Bildung

UN-KONFERENZ In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktion von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung auf, sich international für Folgeaktivitäten zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einzusetzen. Dies solle vor allem im Rahmen der Unesco und auf der kommenden UN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung „Rio + 20“ in im Juni im brasilianischen Rio de Janeiro geschehen. Deutschland soll nach dem Willen der vier Fraktionen seinen Einfluss nutzen und auf der Grundlage der „Bonner Erklärung“, des Abschlussdokuments der Unesco-Weltkonferenz 2009, die weitere Verbreitung einer zukunftsfähigen Bildung international vorantreiben. In Bonn berieten damals 900 Experten aus insgesamt 150 Staaten. Bildung befähige Menschen, das Leben in einer komplexer werdenden Welt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten, heißt es im Antrag. Sie versetze Menschen in die Lage, Fertigkeiten und Werte zu erwerben, die für eine zukunfts-fähige Gesellschaft erforderlich sind. Der Deutsche Bundestag nahm den Antrag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der vier Fraktionen an. Ein Antrag der Fraktion Die Linke (17/9395), in dem sie die Aufstockung der Mittel für Bildung in Bund, Ländern und Kommunen auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts forderte, wurde abgelehnt. *aw*

AUFGEKEHRT

Vom Schwarm getrennt

Wäre am nächsten Sonntag Bundestagswahl, dann würde die Piratenpartei mit bis zu zehn Prozent ins Parlament einziehen. So zumindest prophezeien es die aktuellen Umfragen. Doch die Piraten müssen sich ernstlich fragen, ob sie überhaupt tauglich – „kompatibel“ heißt das wohl bei den digitalen Internet-Junkies – sind für die analoge Parlamentsarbeit. Denn die Vorkämpfer der virtuellen Zukunft könnten im Bundestag mitunter schwierige Verhältnisse antreffen, denen sie nicht gewachsen sind. Nachdem bereits vor drei Monaten eine gewisse Babette, Wahlkreis-Mitarbeiterin einer grünen Parlamentarierin, durch eine versehentlich ausgelöste Spamflut den Mail-Server des Bundestages in die Knie zwang, schnitt in der vergangenen Woche ein Hardware-Fehler viele Abgeordnetenbüros vom weltweiten Mail-Verkehr ab. Nun stellt sich die Frage, wie zukünftige Piraten-Parlamentarier in einer solchen Notsituation reagieren würden. Wären sie politisch überhaupt überlebensfähig ohne den täglichen elektronischen „Shit-storm“, den sie so gerne heraufbeschwören? Wäre ihre Psyche robust genug, um über Stunden oder gar Tage von der „Schwarm-Intelligenz“ im Netz getrennt zu werden? Die FDP-Fraktion hingegen, der in den aktuellen Umfragen ja gerne schon mal das Totenglockchen geläutet wird, zeigte sich völlig unbeeindruckt vom Mail-Ausfall und bewies ihre in Jahrzehnten gestählte handwerkliche Professionalität. Die „herkömmliche Datenübermittlung“ feiere ihre „Auferstehung“ gab der FDP-Abgeordnete Patrick Kurth über Twitter kund. Faxen, Morsen und Botengänge seien jetzt wieder angesagt. Insider wollen gar beobachten haben, dass zwischen den Büros der Liberalen ein reger Brieftauben-Flugverkehr eingesetzt hat. Bestätigt wurde diese Flurfunk-Meldung von offizieller Seite allerdings nicht – weder analog noch digital. *Alexander Weinlein*

VOR 55 JAHREN ...

Papa hat das letzte Wort

3. Mai 1957: Gleichberechtigungsgesetz Frauenquote, Rollenverteilung, Chancengleichheit. Auch im Jahr 2012 diskutiert Deutschland über das Verhältnis der Geschlechter. Dabei hat man sich schon vor 55 Jahren auf den Weg gemacht, um dem Anspruch des Grundgesetzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ gerecht zu werden: Am 3. Mai 1957 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Doch Gleichberechtigung wurde damit nicht erreicht. Zwar wurde die



Die Frau serviert: Bis weit in die 1960er Jahre das traditionelle Familienbild

Zugewinnsgemeinschaft als gesetzlicher Güterstand in der Ehe eingeführt und der Mann konnte nun nicht mehr das Arbeitsverhältnis seiner Gattin kündigen. Doch eine Berufstätigkeit der Ehefrau blieb nur dann möglich, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“. Zudem behielt der Mann in allen familiären Angelegenheiten das letzte Wort. Bei Uneinigheiten in der Kindererziehung beispielsweise wurde dem Mann ein „Stichentscheid“ zugesprochen. Überhaupt hatte das Thema Gleichberechtigung keinen hohen politischen Stellenwert: Eigentlich sollten alle Gesetze, die dem Gleichstellungsgrundsatz widersprachen bis Anfang 1953 angepasst werden. Der Bundestag ließ sich aber bis Ende 1952 Zeit, um überhaupt über einen ersten Entwurf des Gleichberechtigungsgesetzes zu beraten. Und auch in der Gesellschaft schien man keinen großen Handlungsbedarf in Sachen Gleichberechtigung zu sehen: Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts von 1954 war die Mehrheit der Befragten – Männer wie Frauen – der Meinung, dass Mann und Frau in der Ehe keine gleichen Rechte und Pflichten haben sollten und der Haushalt Frauensache sei. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: DIE AUSSTELLUNG »GENERALPLAN OST« IN POLEN



Gedenken in Warschau: Nach der Ausstellungseröffnung (oben links) legte Petra Pau ein Blumengesteck am Monument auf dem „Umschlagplatz“ im ehemaligen Ghetto nieder.

»Erinnerung in eigener Sache«

„Die Menschen in Polen haben einen Anspruch darauf.“ Diese deutlichen, mit Beifall bedachten Worte hat die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau (Die Linke), in Warschau bei der Eröffnung der Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung – Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ gewählt. Sie sagte, die Ausstellung sei für Deutschland „Erinnerung in eigener Sache“. Eine Aufarbeitung der Umstände, die zum „Generalplan Ost“ geführt hatten, sei aber gegenüber den polnischen Nachbarn geradezu verpflichtend. Pau wies darauf hin, dass es zu kurz greife, Verfolgung auf eine historische Dimension zu begrenzen: „Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden werden heute erneut bedrängt und bedroht.“ Ihr polnischer Kollege, Sejm-Vizepräsident Eugeniusz Grzeszczak, betonte, dass die deutsch-polnischen Beziehungen auf den „Grundfeiern von Wahrheit und Offenheit stehen müssten“. Deshalb sei die Ausstellung so wichtig. Die Wanderausstellung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Zusammenarbeit mit der

Polnischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für Nationales Gedenken präsentiert wird, steht unter der Schirmherrschaft der Marschallin (Parlamentspräsidentin) des Sejm der Republik Polen, Ewa Kopacz, und des Präsidenten des Bundestages, Norbert Lammert (CDU). Die Dokumentation ist jetzt erstmals im europäischen Ausland zu sehen. In Deutschland hat sie für große Aufmerksamkeit gesorgt, weil sie die Beteiligung der deutschen Wissenschaft an der Erstellung des „Generalplans Ost“ offenlegt. Die DFG hat diesen Plan, der als Inbegriff der Menschenverachtung des NS-Regimes gilt, seinerzeit maßgeblich vorangetrieben und finanziert. Ziel der von einem Team renommierter Wissenschaftler ausgearbeiteten Studie war es, über einen Zeitraum von 25 Jahren rund fünf Millionen Deutsche im annektierten Polen, im Baltikum und im Westteil der zu erobernden Sowjetunion anzusiedeln, um eine völkische Neuordnung in Europa zu schaffen. Dafür sollten Millionen slawischer und jüdischer Bewohner ermordet, vertrieben oder ver-

sklaviert werden. 1942 wurde die Arbeit unter Leitung des Agrarwissenschaftlers Konrad Meyer von der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität der SS überstellt. Meyer wurde nach dem Krieg vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt. Dort verwies er auf den wissenschaftlichen Charakter der Arbeit. In den wesentlichen Anklagepunkten sprachen die amerikanischen Richter ihn frei; lediglich seiner Mitgliedschaft in der SS wurde Meyer für schuldig befunden. Er verließ als freier Mann den Gerichtssaal, weil die verhängte Haftstrafe mit der Internierungszeit abgegolten war. 1956 wurde Meyer wieder Professor und Institutsdirektor in Hannover. Auch dieser heute als Skandal empfundene Umstand war Motivation, die Ausstellung auf den Weg zu bringen. Der Plan galt als Vision nach einem „Endsieg“ der Nazis. Aber bereits während des Krieges wurden in Polen Millionen Juden in Ghettos inhaftiert und ermordet. 800.000 nichtjüdische Polen wurden aus ihren Wohnorten vertrieben, 1,7 Millionen als Zwangsarbeiter verschleppt. *Jbi*

LESERPOST

Zur Ausgabe 16/17 vom 16. April 2012, Interview mit Andreas Schockenhoff, Seite 7:

Das Interview mit dem Abgeordneten Andreas Schockenhoff mit dem verheißungsvollen Titel „Es geht darum, konkrete Projekte zu machen“ ist enttäuschend, denn in dem gesamten Interview ist kein einziges konkretes Projekt benannt. Das ist sicherlich dem langjährigen Vorsitzenden der deutsch-französischen Parlamentariergruppe nicht allein als leeres Versprechen von Dingen anzurechnen. Aber dass der auch nicht einmal nur den Versuch gemacht hat, die „konkreten Projekte“ mit Inhalt zu füllen, erstaunt umso mehr, da ja auch davon auszugehen ist, dass von ihm oder der Redaktion genau dieser Ankündigungssatz als Überschrift gewählt wurde. Schade, dass ausgerechnet dieses Interview mit dem Vorsitzenden dieser bilateralen Parlamentariergruppe so inhaltsleer und rückwärtsgewandt bleibt, wo doch diese Themenausgabe ansonst gelungen ist. *Hartwig Bierhoff, Berlin*

Zur Ausgabe 14/15 vom 2. April 2012, Seite 1:

Sie schreiben: „Gelingt das, könnten auch die schwindelerregenden Zahlen des aktuellen Rettungspaketes vor allem in Deutschland, aber auch anderswo mehr Verständnis hervorgerufen – und nicht nur ratloses Schulterzucken oder ungläubiges Kopfschütteln.“ Und was ist, wenn das nun nicht gelingt? Sie schreiben: „Zudem sollen die Unterzeichner nach dem Vorbild Deutschlands eine Schuldenbremse einführen.“ Ist Deutschland wirklich ein Vorbild? Die NRW-Ministerpräsidentin Kraft legt einen nicht-verfassungsgemäßen Haushalt vor, in den Ländern Berlin, Bremen und dem Saarland

sieht es nicht anders aus. Bayern und Baden-Württemberg bestreiten fast allein den Solidaritätspakt und klagen dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht. Die „Negativländer“ machen aber weiter wie bisher, jedes hat seine eigene Ausrede. Glauben Sie im Ernst, dass eine so genannte Schuldenbremse in Deutschland oder Europa an der ausufernden Verschuldung etwas ändern wird? Das Wort „Schuldenbremse“ erzeugt im europäischen Ausland Kopfschütteln. Man akzeptiert sie aber, um den Geldgeber Deutschland nicht zu verprellen. Sie schreiben: „Je größer der Schirm, desto größer der Schutz – heißt es im Haus der EU-Kommission!“ Ich füge hinzu: ...und desto mehr Schulden kann man machen! Je mehr Sicherheit es gibt, natürlich zu Lasten Drit-

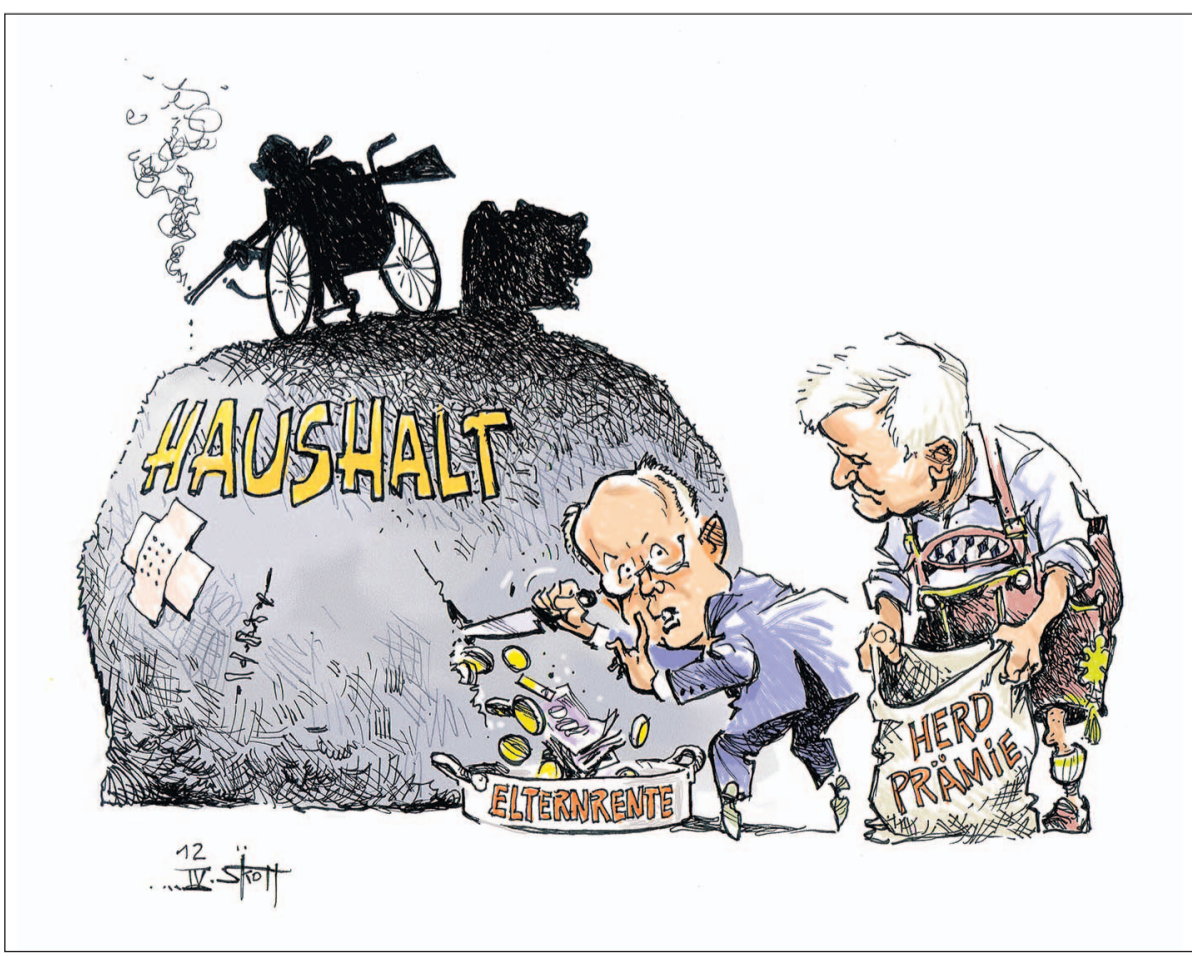
ter, desto mehr wird mit dem geliehenen Geld geasst. Ein Schuldschnitt ist später, wenn das Kind wieder einmal in den Brunnen gefallen ist, dann natürlich selbstverständlich! Es wäre schön, wenn Sie Ihre Beiträge vorsichtiger gestalten und die Herren und Damen des „Hohen Hauses“ weit kritischer sehen würden als Sie dies tun. *Wolfgang Haars, Salzgitter*

Leserbrief eines Neuabonnenten:

Durch diese Zeitung habe ich jetzt direkten Zugang in die oft doch harte Arbeit im Deutschen Bundestag. Das Schönste daran ist aber: Man lernt die Ansichten und die Welt, in der diese Menschen leben, immer besser kennen. Und dann werden plötzlich aus

den – wie ich das Tag für Tag auf der StraÙe zu hören bekomme – „Dieben“, „Schmarotzern“, „Lügnern“, „Volkszerrettern“ und solchen, denen man „ein Denkmal höchstens in eine öffentliche Bedürfnisanstalt“ hinstellen könnte, Mitmenschen! Man legt die Bitterkeit, den Neid und Zorn ab und wird dankbar, noch eine so gelinde Obrigkeit über sich zu haben, unter deren Obhut wir noch ein Leben in Frieden, Freiheit und Menschenwürde führen können. Wie viele geschundene Völker gibt es wohl auf dieser Erde, die sich wünschen, auch nur einen Tag in unseren Verhältnissen verbringen zu dürfen? Und ist es denn nicht so, dass wir gerade in dieser Sache die Dankbarkeit vergessen und uns stattdessen immer mehr an „lustigen“ Treibjagden (siehe den Fall Wulff!) beteiligen, ohne jemals daran zu denken, was für menschliches Elend solches verwerfliches Tun nach sie ziehen kann? *Bruno Stegmann, Interlaken (Schweiz)*

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

Zur Ausgabe 16/17 vom 16.04.2016
Im Interview mit der französischen Europaparlaments-Abgeordneten Sylvie Goulard auf Seite 2 haben wir geschrieben, Dominique Strauss-Kahn, der ursprünglich als vielversprechender Kandidat des Linksbündnisses für die Präsidentschaftswahl in Frankreich gehandelt worden war, sei Präsident der Weltbank gewesen. Dies ist jedoch nicht richtig. Strauss-Kahn war vom 1. November 2007 bis zum 18. Mai 2011 geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF). Nach seiner Verhaftung in den USA und einer strafrechtlichen Anklage wegen versuchter Vergewaltigung trat er als IWF-Chef zurück und verzichtete später auf seine geplante Präsidentschaftskandidatur.

PERSONALIA

> Eckhard Reith † Bundestagsabgeordneter 1957-1961, CDU

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Eckhard Reith am 3. Juni 2011 im Alter von 92 Jahren. Der Arzt aus Birkenau/Kreis Bergstraße trat 1946 der CDU bei. Im Bundestag arbeitete Reith im Ausschuss für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen.

> Sibylle Engel † Bundestagsabgeordnete 1981-1983, FDP

Gleichfalls wurde erst jetzt bekannt, dass Sibylle Engel am 20. Oktober 2011 im Alter von 91 Jahren starb. Die promovierte Germanistin wurde 1969 FDP-Mitglied, gehörte von 1970 bis 1981 dem hessischen Landtag an und amtierte dort fünf Jahre als Vizepräsidentin. Engel gehörte im Bundestag dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft an.

> Hermann Schwörer Bundestagsabgeordneter 1958-1994, CDU

Hermann Schwörer vollendet am 1. Mai sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Unternehmer schloss sich 1951 der CDU an, war von 1957 bis 1968 Vorsitzender des Kreisverbands Sigmaringen. Der langjährige Direktkandidat des Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen engagierte sich im Bundestag überwiegend im Wirtschaftsausschuss.

> Udo Ehrbar Bundestagsabgeordneter 1983-1994, CDU

Udo Ehrbar begeht am 2. Mai seinen 70. Geburtstag. Der aus Leimen stammende Diplom-Volkswirt und Bankkaufmann schloss sich 1969 der CDU an und war stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Heidelberg. Der Direktkandidat des Wahlkreises Heidelberg arbeitete im Verteidigungsausschuss.

> Norbert Rieder Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU

Am 8. Mai wird Norbert Rieder 70 Jahre alt. Der Universitätsprofessor für Zoologie aus Karlsruhe trat 1972 der CDU bei und war von 1980 bis 1990 Vorsitzender eines dortigen Ortsverbandes. Der Direktkandidat des Wahlkreises Karlsruhe-Stadt arbeitete im Bundestag im Umweltausschuss.

> Olaf Feldmann Bundestagsabgeordneter 1981-1998, FDP

Olaf Feldmann begeht am 9. Mai seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Jurist und Verbandsgeschäftsführer trat 1972 der FDP bei, gehörte dem Landesvorstand Baden-Württemberg und dem FDP-Bundesvorstand an und war 33 Jahre Mitglied des Stadtrates in Baden-Baden. Im Bundestag engagierte sich Feldmann im Auswärtigen Ausschuss, im Verteidigungs- und im Fremdenverkehrsausschuss, dessen Vorsitz er von 1990 bis 1994 innehatte.

> Heinz Köhler Bundestagsabgeordneter 2002-2005, SPD

Am 12. Mai wird Heinz Köhler 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist aus Mitwitz/Kreis Kronach stand von 1991 bis 1998 an der Spitze des SPD-Bezirks Oberfranken. Von 1972 bis 1989 amtierte er als Landrat des Kreises Kronach. Köhler, von Neid und Zorn ab und wird dankbar, noch eine so gelinde Obrigkeit über sich zu haben, unter deren Obhut wir noch ein Leben in Frieden, Freiheit und Menschenwürde führen können.

> Klaus-Dieter Osswald Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1988-1990, SPD

Am 13. Mai feiert Klaus-Dieter Osswald seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Soziologe und Hochschullehrer in Freiburg trat 1958 der SPD bei. Von 1975 bis 2009 war er Stadtrat in Weil am Rhein. Osswald arbeitete im Bundestag in den Ausschüssen für Bildung und Wissenschaft sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14.05. 2011.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 07.-11.05.2012
Regierungserklärung zum G8-Gipfel in Camp David (Do), Altenbericht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream